

**ENGAGEMENT
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen



SERVICESTELLE

KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

MATERIAL



**Zweites Netzwerktreffen
deutscher Kommunen mit
Partnerschaften in Nordafrika
18. und 19. April 2012**

Dokumentation

BMZ



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



Zukunftsentwickler.
Wir machen Zukunft.
Machen Sie mit.

Nr. 55

Impressum:

Herausgeber:

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7
53113 Bonn
Telefon +49 228 20 717-0
Telefax +49 228 20 717-150
info@engagement-global.de
www.engagement-global.de

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
info@service-eine-welt.de
www.service-eine-welt.de

V.i.s.d.P.: Dr. Stefan Wilhelmy

Material – Schriftenreihe der Servicestelle, Heft 55
Projektleitung: Mandy Wagner

Text: Heike Wülfing
Redaktion: Mandy Wagner
Fotos: Barbara Frommann, Foto & Style

Titelgestaltung: Fabian Ewert Design, Königswinter
Layout und Satz: Fabian Ewert Design, Königswinter
Druck: Theissen Medien Gruppe GmbH & Co.KG
100% Recyclingpapier, RecyMago

Bonn, August 2012

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers. Die Reihe „Material“ wird finanziell gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie die Bundesländer Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Zweites Netzwerktreffen
deutscher Kommunen mit Partnerschaften in Nordafrika
18. und 19. April 2012

Dokumentation



Inhalt

Vorwort	5
1. Begrüßung und Einführung	6
2. Vorstellung der aktuellen Situation in den Ländern Nordafrikas durch die Partner	10
3. Diskussion zu den Vorträgen	17
4. Aktuelle Projekte deutsch-nordafrikanischer Kommunalpartnerschaften	20
5. Arbeitsgruppen	24
5.1 Arbeitsgruppe 1 ‚Jugend, Bildung, Kunst und Kultur‘	25
5.2 Arbeitsgruppe 2 ‚Verbandsarbeit des tunesischen Städtetages‘	26
5.3 Arbeitsgruppe 3 ‚Daseinsvorsorge‘	27
5.4 Arbeitsgruppe 4 ‚Partnerschaft Nürnberg – Benguardane‘	28
5.5 Diskussion der Ergebnisse der Arbeitsgruppenrunde	29
6. Fördermöglichkeiten für Initiativen der Kommunen in Nordafrika	32
6.1 Meinolf Spiekermann, CoMun Projekt, GIZ	32
6.2 Reinhard Jenke-Sudbrock, Bengo: Vorstellung der Europäischen Nachbarschaftsinitiative (ENPI)	34
6.3 Patricia Ruppert, Friedrichshafen/ INCENTO EU-Beratung: Vorstellung des EU-Projektes Friedrichshafen-Salé	35
6.4 Fragerunde zu den Fördermöglichkeiten	37
7. Weiterentwicklung des Netzwerkes	39
8. Anhang	42
Programm	42
Teilnehmerliste	43
Glossar	45
Publikationen der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt	46

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

vor Ihnen liegt bereits die zweite ausführliche Dokumentation eines außergewöhnlichen Netzwerkdialogs zwischen deutschen Kommunen und ihren Partnerstädten in Nordafrika. Seit der Jasminrevolution in Tunesien vor anderthalb Jahren und den anschließenden Umbrüchen in Nordafrika haben die bestehenden partnerschaftlichen Beziehungen nicht abgenommen, sondern die Partner befinden sich im Gegenteil in einem konstruktiven Dialog und intensivieren ihre Zusammenarbeit. Auf dem zweiten Netzwerktreffen Mitte April in Bonn berichteten die Stadt Frankfurt von der Partnerschaftsarbeit mit Kairo, Köln von der mit Tunis, Stuttgart mit Menzel Bourgiba und Nürnberg von der Anbahnung der Zusammenarbeit mit Bengardane. Es waren spannende Berichte und positive Erfahrungen, die auch bestärkt wurden durch die erfolgreichen Bemühungen des CoMun-Projektes der GIZ, die nun erste Projekte zwischen deutschen und tunesischen Kommunen finanziert. Positive Signale kamen auch aus Tunesien, wo der dortige Städtetag freundschaftliche Kontakte mit dem Deutschen Städtetag aufgenommen hat.

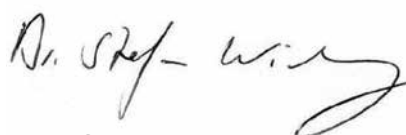
Das neue Netzwerk wächst und gedeiht und auch für die Finanzierung der Projekte tun sich neue Fördermöglichkeiten auf. Die im Hause von Engagement Global angesiedelte Beratungsstelle Bengo informierte über einen neuen EU-Fördertopf der Europäischen Nachbarschaftsinitiative und bot ihre fachliche Hilfe bei der Beantragung und Abwicklung an. Wir als Servicestelle haben ein neues Infoportal auf unserer Homepage angelegt, auf dem die existenten und entstehenden Partnerschaftsprojekte vorgestellt werden. Mit diesem „Projektmarkt“ tragen wir dazu bei, dass das Netzwerk seinem Anspruch gerecht werden kann, als Austausch- und Dialogplattform zu dienen.

Als dieses Partnerschaftsnetzwerk im letzten Jahr startete, war es allen Beteiligten bewusst, dass es viele Jahre dauern wird, bis sich die Bürger und Bürgerinnen in den Städten Nordafrikas in neuen demokratischen

Strukturen zurechtfinden. Wir betonten, dass es dabei ungemein wichtig ist, die Herzen und Köpfe der Menschen für eine demokratische Veränderung zu gewinnen. Dies scheint auf dem Weg zu sein. Trotz der Befürchtungen über ein Scheitern der Revolution und einen muslimischen Rollback, stimmt es hoffnungsvoll, wenn Kenner der Region die Wahl von Mohammed Mursi im Juni 2012 zum Staatspräsidenten in Ägypten begrüßen und als einen Meilenstein auf dem Weg zum demokratischen Übergang bezeichnen. Er ist nach einer jahrtausendelangen Abfolge von Königen, Statthaltern und Militärs der erste zivile Politiker an der Spitze des Staates. Ende Mai lief auch endlich das Notstandsrecht in Ägypten aus und in Marokko stimmte Anfang Juli eine überwältigende Mehrheit für eine neue demokratische Verfassung, die die Macht des Königs einschränkt und die Menschenrechte garantieren soll. In Tunesien wird die Diskussion um die neue Verfassung – dank der seit Mitte Januar 2011 faktisch bestehenden Pressefreiheit – in den Medien offen geführt, das Internet wurde freigeschaltet und die bestehenden Restriktionen beseitigt.

Mit dem weiteren Ausbau des partnerschaftlichen kommunalen Netzwerkes leisten wir gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag einen kleinen Beitrag zu diesem demokratischen Umbruch und einer nachhaltigen Entwicklung. Bei unserem nächsten Treffen im Dezember 2012 werden wir mit Unterstützung von Experten themenorientiert weiter daran arbeiten und konkrete Projektbeispiele vorstellen.

Ich freue mich schon auf das nächste Treffen und bin auf die weitere Entwicklung des Netzwerkes sehr gespannt!



Ihr Dr. Stefan Wilhelmy

Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

1. Begrüßung und Einführung



Im November 2011 fanden sich erstmals deutsche Kommunen mit Partnern aus Nordafrika zur Auftaktveranstaltung ihres Netzwerks in Köln ein. Das Netzwerk wird von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und dem Deutschen Städtetag koordiniert. Es soll den deutschen Kommunen mit Partnerschaften in Nordafrika als Dialogplattform über die Erfahrungen und Schwerpunktthemen ihrer Partnerschaftsarbeit dienen. Durch diesen Fach- und Erfahrungsaustausch sollen die Kommunen in ihrer Zusammenarbeit mit Kommunen in Nordafrika und insbesondere in ihrem Engagement für kommunale Daseinsvorsorge und die Stärkung kommunaler Strukturen unterstützt werden.

Ein halbes Jahr später findet das vereinbarte Folgetreffen des Netzwerks statt. **Moderator Benno Trütken** heißt alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Gustav-Stresemann-Institut in Bonn willkommen und erläutert die Programmpunkte der zweitägigen Veranstaltung:

- Vorstellung der aktuellen Situation in den Ländern Nordafrikas durch die Partner aus Nordafrika
- Kurzvorstellung der aktuellen Projekte anwesender Städte- oder Projektpartnerschaften
- Gemeinsame Erarbeitung und Diskussion von konkreten Unterstützungsmöglichkeiten und gemeinsamen Schwerpunkten in der Zusammenarbeit in

den Bereichen kommunale Selbstverwaltung und Demokratisierung

- Fortschritt des CoMun Projekts, Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)
- Fördermöglichkeiten für Initiativen der Kommunen in Nordafrika
- Weiterentwicklung des Netzwerkes

Nach der Vorstellung des geplanten Ablaufs übergibt Benno Trütken das Wort zur offiziellen Begrüßung an die Veranstalter des Netzwerktreffens, die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und den Deutschen Städtetag.

Sabine Drees, Deutscher Städtetag



Sehr geehrte Damen und Herren,

zu diesem zweiten Netzwerktreffen Deutscher Kommunen mit Partnerschaften in Nordafrika möchte ich Sie herzlich begrüßen. Ich danke insbesondere den Gästen aus den nordafrikanischen Kommunen Tunis, Menzel Bourguiba, Benguardane und Kairo, die weite Wege zurücklegten, um an dieser Veranstaltung teilzunehmen. Die Vertreter der tunesischen Stadt Sfax werden wegen einer reisebedingten Verzögerung im Verlauf der Veranstaltung eintreffen.

Ich möchte Ihnen die herzlichen Grüße unseres Hauptgeschäftsführers des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus, ausrichten. Er begrüßt die Existenz und den Erfolg des Netzwerkes außerordentlich. In diesem Kontext hatte das Präsidium des Deutschen Städtetages im September 2011 einen **Beschluss** herbeigeführt, der die Unterstützung deutscher Städte und Gemeinden bei Aktivitäten der internationalen Zusammenarbeit zusichert und damit eine politische Rechtfertigung bietet¹. An dieser Stelle möchte ich hinzufügen, dass es gerade auch mit Blick auf den finanziellen Aufwand für internationale Aufgaben wichtig ist, dem oft präsenten **Rechtfertigungsdruck** argumentativ zu begegnen. Denn wenn deutsche Städte wollen, dass die Welt zu ihnen kommt, dann müssen sie auch in die Welt gehen!

Der **Lernprozess** bei kommunalen Partnerschaften ist generell immer gegenseitig; so haben die Südpartner oft Interesse an den Themen **Daseinsvorsorge** und **Dezentralisierungsvorhaben**; die deutschen Kommunen sind beispielsweise am **Ressourcenmanagement** der nordafrikanischen Städte und Gemeinden interessiert. Dieses zweite Treffen wird dazu dienen, die jeweiligen Interessen tiefer auszuloten und weiter gehende Schritte zu planen.

Da die politische Situation Nordafrikas seit dem letzten Netzwerktreffen entscheidende Veränderungen erfahren hat, freue ich mich auch darauf, aus erster Hand Einblick in die aktuelle Lage der Staaten des arabischen Frühlings zu erhalten und so - mittelbar - an dieser einmaligen historischen Wende teilhaben zu können.

Anita Reddy, Bereichsleiterin Kommunale Entwicklungszusammenarbeit und Bildungsprogramme, Engagement Global gGmbH



Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer,

ich begrüße Sie herzlich im Namen von **Engagement Global** und der **Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)** zu diesem zweiten Netzwerktreffen deutscher Kommunen mit Partnerschaften in Nordafrika.

Als wir uns im November letzten Jahres zum ersten Mal in Köln trafen, hatten wir uns viel vorgenommen. Es ging darum, ein möglichst lebendiges und vielfältiges Städtenetz aufzubauen, das den interkommunalen Austausch von deutschen Kommunen mit Partnerschaften in Nordafrika fördert. Es soll als eine **Plattform zum Dialog** über die konkrete Partnerschaftsarbeit und als ein überregionales **Lernnetzwerk** dienen.

Dies haben wir nun erfolgreich auf den Weg gebracht und es sind in der Zwischenzeit auch beachtenswerte neue **Beratungsprojekte** beispielsweise zum Abfallmanagement in Tunis und zu Jugendforen in Kairo initiiert worden. Neue Partnerschaften zwischen Kommunen sind entstanden und alte wurden wiederbelebt. Wir hatten in Köln aber auch festgestellt, dass es vermutlich viele Jahre dauern wird, bis sich in den Städten Nordafrikas neue demokratische Strukturen etabliert haben. Welche Rolle dabei die deutschen

¹ S. 46f, Anhang der Dokumentation des „Ersten Netzwerktreffen deutscher Kommunen mit Partnerschaften in Nordafrika“, Material Nr. 50, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Bonn 2012.

Kommunen spielen können, wollen wir auf unserem heutigen Treffen diskutieren und weiter konkretisieren.

Es geht in diesen beiden Tagen darum, konkrete **Bedarfe** in den nordafrikanischen Kommunen zu erkennen und nachhaltige **Unterstützungsmöglichkeiten** zum Aufbau der Demokratie auf lokaler Ebene zu schaffen. Dafür nötig ist vorab ein offener und ehrlicher Austausch über die aktuelle Situation in den Partnerkommunen - sowohl politisch, wie wirtschaftlich und allgemein gesellschaftlich. Wir wollen uns austauschen über Visionen und Vorstellungen von **Demokratie und kommunaler Selbstverwaltung**, und dabei auch die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen deutschen und nordafrikanischen Teilnehmern herausarbeiten. Die zentralen Fragen dabei lauten:

Welche Erwartungen haben die **Partner aus Nordafrika** an die Demokratisierung auf lokaler Ebene und die kommunale Selbstverwaltung? Was genau ist ihr Verständnis davon? Was sind die Erwartungen der Partner aus Nordafrika an die Unterstützung durch deutsche Kommunen bei diesen Prozessen?



Ich freue mich daher sehr, dass wir heute Gäste aus vier tunesischen Städten und aus Kairo bei uns haben. Sie werden hautnah von ihren Erfahrungen berichten und ich bin gespannt auf Ihre Einschätzungen der weiteren Entwicklung. Sehr gespannt bin ich auch auf den Bericht von Meinolf Spiekermann zum Fortschritt des CoMun-Projektes der GIZ, sowie auf die Vorstellung der Fördermöglichkeiten über die Europäischen

Nachbarschaftsinitiative und den Bericht eines beispielhaften EU-Projektes zwischen Friedrichshafen und Salé.

Bei unserem nächsten Treffen wollen wir das bislang Erreichte kritisch reflektieren. Dabei werden wir eine wissenschaftliche Expertise zu Rate ziehen, damit wir dann das weitere Verfahren gemeinsam entscheiden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun einmal persönlich auf die **politischen Entwicklungen** der letzten Monate eingehen. Seit unserem letzten Treffen im November 2011 ist die Lage in Tunesien nach wie vor angespannt, instabil und unklar. Nachdem die gemäßigt islamistische Partei En-Nahda bei den ersten freien Wahlen in der Geschichte des Landes die mit Abstand stärkste Kraft geworden war, befürchteten viele kritische Stimmen, die Bevölkerung in dem vergleichsweise offenen Land könne strengerem islamischen Regeln unterworfen werden.

Dies ist bislang anscheinend so nicht der Fall. Es kommt aber nach wie vor zu Demonstrationen und Streiks, die manchmal auch gewalttätig werden und mehrere Tage andauern können. Es gilt bis Ende April in ganz Tunesien weiterhin der seit Anfang 2011 verhängte Ausnahmezustand und das Militär ist auf den Straßen. En-Nahda-Chef Rachid Ghannouchi erklärte in der Wahlnacht vor jubelnden Anhängern, seine Partei werde die Revolution fortsetzen mit dem Ziel eines Landes, „in dem die Rechte Gottes, des Propheten, der Frauen, der Männer, der Religiösen und der Nichtreligiösen gesichert sind“. Das starke Abschneiden dieser Partei ist für viele von uns nicht nachzuvollziehen und man spricht bereits vom Ende des demokratischen Frühlings.

Doch hier warne ich, meine Damen und Herren, vor voreiligen Schlüssen. Achten wir den demokratischen Wahlentscheid! Die Menschen in Tunesien sehnen sich nach einer verlässlichen und würdevollen Regierung. Ihre gemeinsame Basis des Aufstandes war - in Tunesien wie auch in Ägypten - neben den Forderungen nach

Brot und Arbeit, ein menschenwürdiges Leben. Die ihnen genommene „**Würde**“ gilt es wieder zu erlangen. Denn viele Dinge, die bis vor kurzer Zeit noch in Tunesien galten und das Tagesgeschehen bestimmten, können wir uns schlicht nicht vorstellen: Knapp 40 Prozent der tunesischen Bevölkerung versuchte ihren Lebensunterhalt im informellen Sektor zu sichern, im Süden des Landes konnten die Menschen fast nur vom Schmuggel, vor allem mit Libyen, leben. Die Illegalität war der Normalzustand. Erpressung und Korruption der öffentlichen Verwaltung war tägliche Praxis, denn jeder Job in der öffentlichen Verwaltung waren nur durch Beziehungen oder Bestechung zu haben. Eine solche Praxis zerstört jedes Selbstwertgefühl und zwingt zur Anpassung: So versuchten auch die unterbezahlten Polizisten, Zöllner und sonstigen Verwaltungsangestellten um ihres Überlebens willen ein Zubrot verdienen.

Bereits im Juni 2009 hielt **US-Präsident Obama** in Kairo unter dem Titel „Ein Neuanfang“ eine dort mit Begeisterung aufgenommene Rede. Hierin sprach er von notwendigem „gegenseitigem Respekt, ...den Grundsätzen von Gerechtigkeit und Fortschritt, Toleranz und der Würde aller Menschen“. Er würdigte ausdrücklich den Beitrag der arabischen Philosophie zur Entstehung der europäischen Aufklärung, die Erfindung der Algebra und das islamische Erbe der Toleranz.

Begrüßen wir daher einen **Politikwechsel** hin zu mehr Demokratie und unterstützen wir gerade die gebildeten Mittelschichten, die unter der Unterdrückung von Meinungs- und Informationsfreiheit in den arabischen Ländern besonders gelitten hatten.

Wir sollten nicht unterschätzen, welch großen Sprung der Übergang von der Despotie zu einer bürgerlich-demokratischen Ordnung in den orientalischen Gesellschaften darstellt und was die revolutionären Bewegungen in Tunesien und Ägypten bedeuten: Hier haben die Menschen die **Voraussetzung für Demokratie** erkämpft, ein entscheidendes Stück ihrer Souveränität, indem sie die Despoten verjagten und den

Anspruch der Bürger auf die Kontrolle der Regierenden anmeldeten. Es ist berechtigt zu hoffen, dass sie sich diesen Anspruch so leicht nicht mehr nehmen lassen werden. Auch bietet eine gelebte Demokratie viele Handlungsspielräume für die Ausgestaltung der sozialen Verhältnisse.



Die Aufstände in Tunesien und Ägypten waren und bleiben ein Fanal für die arabische Welt. Und sie weisen auf eine elementare Grundlage der Demokratie: Die **Volkssouveränität**. Inwieweit es den Völkern im arabischen Raum gelingen wird, diese Souveränität real zu gewinnen und dauerhaft auszuüben, muss sich noch erweisen, denn die Bedingungen sind wahrlich nicht leicht. Deshalb wollen wir die dabei mit besten Kräften und aufgeklärtem Verstand!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

2. Vorstellung der aktuellen Situation in den Ländern Nordafrikas durch die Partner

Moderator Benno Trütken bittet die Teilnehmer des Podiums - **Souad Sassi**, Stadt Tunis, **Taieb Nefzi**, Oberbürgermeister Menzel Bourguiba, **Saida Rejeb Hamdi**, Vereinigung für den Aufbau einer Kultur für bürgerschaftliches Engagement, Menzel Bourguiba, **Dr. Mounir Brik**, Vorsitzender der Gesellschaft für die Entwicklung von Benguardane, **Riham Galal Amin Arram**, Gouvernorat Kairo, Presse- und Öffentlichkeitsabteilung, und **Dr. Ahmed Abdel Rahman Zaafan**, Geschäftsführer der Ägyptischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft, Kairo - um ihre Statements.

Benno Trütken weist darauf hin, dass die jeweilige Vortragsdauer aufgrund des begrenzten Zeitrahmens der Veranstaltung auf etwa zehn Minuten beschränkt ist und bittet um Verständnis für diese zeitliche Limitierung.

Souad Sassi, Stadt Tunis



Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst danke ich allen deutschen Partnern, insbesondere der Stadt Köln, der GIZ und Engagement Global ganz herzlich für ihre Unterstützung. In Tunesien

haben sich seit dem Dezember 2010 einschneidende Geschehnisse ereignet. Das tunesische Volk lehnte sich in einer **friedlichen Revolution** gegen das Regime auf, dabei kam es zu einer Mobilisierung der gesamten Zivilgesellschaft. Nach den revolutionären Ereignissen nahm die nationale Armee die öffentliche Ordnung in die Hand. Aber die **Zivilgesellschaft** spielte hier eine entscheidende Rolle: sie wachte über den Fortbestand der Wirtschaft, des Schulwesens, des Gesundheitswesens... So wurde im Land die Kontinuität des täglichen Lebens sichergestellt.

Unter diesen schwierigen Umständen wurde die Ennahda zur stärksten Partei der verfassungsgebenden Versammlung gewählt. Sie bildet allerdings mit zwei weiteren Parteien eine Koalition. Zudem gibt es eine starke Opposition, die auch durch die Unterstützung der Zivilgesellschaft von Tag zu Tag stärker wird. In Tunesien besteht also ein politisches Gleichgewicht. Damit gibt es eine berechtigte Hoffnung, dass eine erneute Diktatur nicht mehr möglich ist.

Was erhoffen wir uns als tunesische Städte von der Zukunft? Wir wollen künftig in der Lage sein, eine **bessere Dienstleistung** und eine **transparente Verwaltung** zu gewährleisten, so dass wir eine **kommunale Selbstverwaltung** etablieren können, die diesen Namen auch verdient. Die Einrichtung einer Kommission für Kommunen und Gemeinden hat der Stadt Tunis bereits bei ihren kommunalen Aufgaben geholfen, denn hier findet ein reger Gedanken- und Erfahrungsaustausch statt, der eine Weiterentwicklung der **Dezentralisierung** und einer **guten Regierungsführung/Good Governance** fördert.

Der **Verband der tunesischen Städte** veranstaltet in Zusammenarbeit mit anderen internationalen Vereinen und Kommunen vom 28. bis 30. Mai 2012 eine internationale Konferenz. Ziel ist es, eine Dezentralisierung

unter der Berücksichtigung der tunesischen Besonderheiten sowie der andernorts gesammelten Erfahrungen zu erreichen. Wichtig ist dabei auch, dass eine Symbiose mit verschiedenen tunesischen Ministerien erreicht werden soll, so sind also das Innen-, Umwelt-, Finanzministerium vertreten - wir wollen alle an einem Strang ziehen.

Mit Blick auf die institutionelle Rolle der Städte kann ich auf die neuen Gremien wie z.B. die kommunalen Delegationen verweisen, die für ein Jahr berufen worden waren. Sie haben mit sehr bescheidenen Mitteln gearbeitet und dabei hervorragende Arbeit geleistet. Einige dieser kommunalen Delegationen werden weiter arbeiten, da bis dato noch keine Neuwahlen stattgefunden haben. Auch die Delegationen von Tunis und Sfax werden zunächst weiter bestehen.

Noch gibt es keine kommunale Selbstverwaltung oder Beteiligung der Bürger und wir sind uns bewusst, dass wir diesem Prozess wieder mehr Dynamik verleihen müssen, denn die politische Teilhabe der Bürger sichert den Erfolg von kommunalen Projekten. Hinzu kommt ein strukturelles Problem: noch haben keine Kommunalwahlen stattgefunden. Doch sie sind spätestens für Juni 2013 in Aussicht gestellt. Hierzu soll ein vollkommen unabhängig agierendes Vorbereitungsorgan eingerichtet werden. Hoffnungsvoll darf ich hierzu auf unsere Erfahrungen bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung verweisen, deshalb werden wir auch diesen Schritt erfolgreich gehen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Taieb Nefzi, Oberbürgermeister Menzel Bourguiba



Meine Damen und Herren,

zunächst möchte ich Ihnen für die Organisation dieses Netzwerks danken. Tunesien durchlebt derzeit eine **Übergangsphase**, in der die Ausübung der Demokratie das wichtigste Ziel unserer Arbeit bleibt!

Während der Vorbereitung der neuen Verfassung und der Kommunalwahlen sind die amtierenden Stadträte nach wie vor von der Regierung benannt. Auch in dieser Zeit des Übergangs versuchten wir trotz sehr bescheidener Mittel, die **öffentlichen Serviceleistungen** wie die Wasser- und Stromversorgung, Stadtreinigung, Abfallentsorgung weiter aufrecht zu halten. Doch dies wurde uns in Menzel Bourguiba sehr erschwert, denn es ereigneten sich zwei Großbrände, die nahezu alle Mittel der Stadt vernichteten. Selbstverständlich arbeiten wir trotz dieser Widrigkeiten weiter.

Mit Blick auf unsere **Verwaltung** sehen wir verschiedene Tendenzen, die unseren demokratischen Zielen nicht entsprechen. Die Verwaltung muss weiter reformiert werden! Sowohl der Austausch des Personals als auch die Verbesserung der Ausrüstung und der Strukturen der Verwaltung ist in Gang. Zur Unterstützung dieses Prozesses bemühen wir uns um die Expertise befreundeter Kommunen, mit denen wir schon lange zusammenarbeiten.

Doch dafür ist es zunächst erforderlich, in unserem Land **Demokratie** zu schaffen! Wir wollen keine Vormundschaft der Gemeinden, wir wollen uns weiterentwickeln, Fortschritte erzielen und das Leben der Bürger einfacher gestalten. Wir arbeiten für und mit den Bürgerinnen und Bürgern und haben Partnerschaften, Verbände und Vereine ins Leben gerufen.

Ich möchte Ihnen von einem unserer Vereine berichten: Es gab große Überschwemmungen in Menzel Bourguiba. Der verursachte Schaden wurde durch einen hierzu gegründeten Verein erfolgreich eingegrenzt. Auch im Umweltschutzbereich und für den Denkmalschutz wurden Verbände gegründet, ebenso gibt es einen Verein, der sich um Arme und Obdachlose in unserer Stadt kümmert.

Die städtischen Geschicke werden durch einen **Lenkungsausschuss** gesteuert, der mit den Vereinen zusammenarbeitet, denn die Stadt kann nur in Kooperation mit den Verbänden weiterkommen. Wir werden dabei von der GIZ und anderen Institutionen und Organisationen unterstützt, so auch im Projekt „Forum der Jugendlichen“, in dessen Rahmen ein Austausch organisiert wird.

Die Revolution vom 14. Januar 2011 spülte die Hoffnung auf Freiheit und Demokratie nach oben. Damit diese Hoffnung bestehen bleibt, brauchen wir Aktionen und Projekte, die Arbeit und Häuser schaffen, die das Leben der Bürger unserer Stadt verbessern. Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit und stehe Ihnen gern für weitere Fragen zur Verfügung!

Saida Rejeb Hamdi, Vereinigung für den Aufbau einer Kultur für bürgerschaftliches Engagement, Menzel Bourguiba



Sehr geehrte Damen und Herren,

mein Dank gilt zunächst allen Veranstaltern dieses Netzwerktreffens! Insbesondere möchte ich aber der Stadt Stuttgart, unserer Partnerstadt, für ihre Unterstützung danken!

In dieser Zeit der **Transition** gibt es Befürchtungen, dass der Prozess der Demokratisierung Tunesiens in Stocken gerät - doch wir sind weiterhin optimistisch! Die verfassungsgebende Versammlung wird eine starke demokratische Verfassung erarbeiten. Die **Zivilgesellschaft** Tunesiens ist stark und wird diesen Prozess unterstützen. Zudem besitzen zwei Parteien der derzeitigen ‚Regierungstroika‘ eine demokratische Vergangenheit.

Wichtig sind in Tunesien generell auch die vielen Gruppen und Verbände, die sich **kulturell** engagieren. Ihr unermüdlicher Einsatz ermöglicht, dass wir weiterarbeiten können. Diese kulturellen Vereine sind essentiell, denn es gibt keine Demokratisierung ohne kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung.

Auch deshalb setzen wir auf die deutsch-tunesische Zusammenarbeit und messen diesem Netzwerk eine große Bedeutung bei!

Dr. Mounir Brik, Vorsitzender der Gesellschaft für die Entwicklung von Benguardane



Meine Damen und Herren,

ich danke Ihnen für die Einladung zu diesem Netzwerktreffen und für die sehr konstruktive Zusammenarbeit. Besonders grüße und danke ich unserer Partnerstadt Nürnberg. Benguardane ist eine kleine aber international ausgerichtete Kommune, in der etwa 80.000 Einwohner leben. Die **Haupteinkommensquelle** in unserer Stadt ist der Im- und Export. Doch hier im Süden des Landes, an der Grenze zu Libyen, gibt es - wie auch in vielen anderen Grenzstädten - das Problem des Schmuggels. Vor allem junge Leute verdienen sich hiermit ihren Lebensunterhalt. Für unsere **Stadtentwicklung** erschwerend kommen jetzt die Auswirkungen der jüngsten Ereignisse im Nachbarland Libyen hinzu.

Lassen Sie mich die Probleme und Prioritäten Benguardanes auflisten:

1. Die **Trinkwasserversorgung** ist ungenügend. Es gibt generell zu wenig Trinkwasser, hinzukommt, dass die Versorgung häufig unterbrochen ist und dass Grund- und Trinkwasser oft verunreinigt sind.
2. Das **Abfallmanagement** ist nicht richtig organisiert, die Müllsammlung ist eher ‚archaisch‘ strukturiert. Das Stadtbild wird durch den Müll nachhaltig beeinträchtigt.
3. Der **individuelle Verkehr** im Stadtzentrum ist kaum geregelt, die Zustände sind chaotisch.
4. Der **Devisenhandel** verläuft zu großen Teilen über einen Schwarzmarkt.
5. Es gibt zu wenig junge und gut ausgebildete **Arbeitskräfte**.
6. Nach der Auflösung des alten **Stadtrates** wurde noch kein neuer Rat gewählt.
7. Die **libysche Flüchtlingsproblematik** wirft weitere Problemfelder auf: die Gefahr von Epidemien in den Flüchtlingsunterkünften sowie die soziale Integration der Menschen. Wir begegnen diesem Problem mit einem Integrationsprogramm, um die etwa 3000 Flüchtlinge in unsere Stadt einzubinden.

Doch abschließend möchte ich auf das große, zukunftsweisende Logistikprojekt Benguardanes hinweisen: Wir planen den Aufbau einer Logistik-Plattform für weltweit operierende Unternehmen in Nordafrika. Aus Frankreich wurde hierzu schon positiv reagiert - nun hoffen wir auch auf Unterstützung aus Deutschland!

Vielen Dank für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit!

Riham Galal Amin Arram, Gouvernorat Kairo, Presse- und Öffentlichkeitsabteilung



Meine sehr verehrten Damen und Herren,

im Namen des Gouverneurs von Kairo möchte ich Sie herzlich grüßen und Ihnen für die Einladung zu diesem Netzwerktreffen danken! Ich werde Ihnen kurz die aktuelle politische, wirtschaftliche und soziale **Situation in Kairo** schildern, die symptomatisch für die moderne Geschichte Ägyptens ist. Alle aufgeklärten Ägypter haben im Januar 2011 gemeinsam demonstriert, um Freiheit, sozialen Frieden und Gerechtigkeit zu fordern. Nach 18 Tagen, am 25. Januar 2011, fiel die Diktatur und die Ägypter feierten ihre Freiheit. Doch schon kurz danach wurde die Situation schwierig und undurchsichtig.

Allerdings war die positive Erfahrung - die Premiere der freien Wahlen - ein großer Schritt für Ägypten. Zum ersten Mal beteiligten sich alle Menschen, aus allen gesellschaftlichen Schichten Ägyptens, an **freien Wahlen**. Dabei erwachten unser patriotischer Geist und unser **politisches Bewusstsein** wieder. Früher war es undenkbar, dass der Einzelne sich öffentlich äußert, doch dies hat sich nun fundamental geändert. So werden die Abgeordneten jetzt zum ersten Mal durch das Volk ‚überwacht‘. Ein Ausdruck dessen spiegelt sich auch in den Medien wider, denn es gibt beispielsweise zum ersten Mal Livesendungen der Parlamentssitzungen, die im Fernsehen zu verfolgen sind. Auch die

Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen ist neu in Ägypten und ein Ausdruck dessen, dass sie begriffen haben, dass sie sich einbringen und aktiv an der Gestaltung ihrer Gesellschaft beteiligen müssen.

Im Mai finden die **Präsidentenwahlen** in Ägypten statt, drei politische Kräfte sind derzeit aktiv:

- Die **Revolutionäre**, die jungen Demonstranten des Tahir-Platzes. Leider haben sie keinen gemeinsamen Führer und sind so schwächer als die beiden anderen politischen Akteure.
- Die **religiös motivierten Parteien**, die jetzt zwei Drittel der Parlamentssitze stellen. Die Chefs der islamischen Parteien haben die Forderungen der Mehrheit des Volkes aufgenommen. Sie stehen also nicht nur für Moslems, sondern auch für die Christen im Lande.
- Die **Armee**, symbolisiert durch den Militärrat. Der Rat ist sehr beliebt, denn das Militär hat während der Revolution einen Ausbruch der Gewalt vermieden und wirtschaftlich viel geleistet. Aber die Generäle haben eine Schwäche: sie wollen die politische Szene nicht verlassen...

Doch kommen wir zum aktuellen Top-Thema Ägyptens, der **Verfassung**. Die Verfassungsgebende Versammlung besteht aus 50 Mitgliedern. Das Volk war allerdings nicht mit der Besetzung dieses Gremiums einverstanden, deshalb muss nun, nach Protesten und einem aktuellen Gerichtsbeschluss, eine neue Besetzung gefunden werden. Sie können hieran erkennen, dass das ägyptische Volk tatsächlich viel Macht besitzt. Die Fragen, die sich in diesem Zusammenhang momentan stellen, lauten: Wird Ägypten ein präsidentiales oder parlamentarisches System haben? Wird es ein islamisches oder laizistisches Recht geben? Wird es ein eher ziviler oder militärischer Rahmen sein?

Das andere große Thema ist die schwache **Wirtschaft** Ägyptens: fünf Millionen Menschen arbeiten in der Tourismusbranche, doch der Tourismus ist derzeit fast völlig zum Erliegen gekommen ist. Hier benötigen wir einen ehrgeizigen Entwicklungsplan!

Zur **sozialen Situation**: Es gab viele Veränderungen in unserem Land: Jetzt herrscht freie Meinungsäußerung und es gibt etwa 30 unabhängige Gewerkschaften. Es haben sich Bürgerkomitees gegründet, die sich während der Revolution um ihre Quartiere kümmern und noch immer kümmern. Sie sind Ansprechpartner für die Regierung und erleichtern die kommunale Arbeit! Ebenso haben sich viele Nichtregierungsorganisationen neu gegründet, auch sie unterstützen die Entwicklung auf der kommunalen Ebene.

Ich freue mich auf unsere weitere Arbeit und danke für Ihr Interesse!

Dr. Ahmed Abdel Rahman Zaafan, Geschäftsführer der Ägyptischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft, Kairo

Sehr geehrte Damen und Herren,



herzlichen Dank, dass Sie mir Gelegenheit geben, an diesem Netzwerktreffen teilzunehmen! Als aktiver und stolzer Teilnehmer der ägyptischen Revolution darf ich Ihnen heute ein Bild Ägyptens aus der Sicht der jungen Generation entwerfen.

Die **wirtschaftliche Situation** Ägyptens ist kritisch: Laut aktueller Statistik der Weltbank leben etwa 40 Prozent aller Ägypter unterhalb der Armutsgrenze, 21 Prozent der Bevölkerung sind extrem arm. Aufgrund des wirtschaftlichen Niedergangs im Anschluss an die Revolution hat die Arbeitslosenquote um weitere vier Prozent zugenommen. Damit ist das Hauptproblem fast der Hälfte der ägyptischen Bevölkerung offensichtlich: Diese armen Menschen interessieren sich nicht für Freiheit, sie wollen zuallererst genug zu essen - und an diesen elementaren Bedürfnissen der

Menschen sind die Vertreter der kommunalen Ebene am nächsten dran!

Zurzeit ist niemand von den **jungen Revolutionären** an der Macht; zudem plant die jetzige Regierung nicht, die Forderungen der Revolutionäre durchzusetzen... Doch mehr als 60 Prozent aller Ägypter ist unter 25 Jahren alt, deshalb ist absehbar, dass die Ziele der Revolution doch künftig Bestand haben werden. Denn die Jugend wird sich immer wieder wehren, wenn die Regierung die Forderungen des Volkes nicht umsetzt. Jetzt glauben alle Ägypter an die Freiheit, ein Wert, der für viele während der jahrzehntelangen Regierung Mubaraks keine Bedeutung hatte.

Die größten Herausforderungen, die sich uns derzeit stellen, sind:

1. Der **Widerstand der Armen**;
2. Der **Widerstand des Militärs**, insbesondere der Generäle. Allein 40 Prozent der gesamten ägyptischen Volkswirtschaft werden von Militärs bewirtschaftet - die Korruption unter der Regierung Mubaraks fußt hierauf;
3. Die Arbeiter wollen **höhere Löhne**;
4. Die **neuen Gremien** sind für ihre Aufgaben nicht qualifiziert;
5. Die **Intellektuellen** Ägyptens haben keinen Kontakt zur Basis der Menschen - die Islambrüderschaft hingegen schon;
6. Die Aufsicht der **Polizei** - gerade gegenüber Aktionen der Nichtregierungsorganisationen - ist sehr streng;
7. Die **Korruption** zieht sich durch alle gesellschaftlichen Ebenen;
8. Die **Medien** sind gleichgeschaltet. Ägypten gilt als das Hollywood Arabiens. Doch alle neuen Fernsehsender stehen gegen die Werte der Revolution;
9. Viele **Militärs** werden in naher Zukunft Pensionäre - sie werden jedoch weiter wirtschaftlich aktiv sein wollen.

Ich danke für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit und freue mich auf den weiteren Verlauf dieser Veranstaltung und unsere Zusammenarbeit.



Moderator Benno Trütken dankt den Referenten für ihre Darstellungen und verweist auf eine Fortsetzung zur aktuellen Situation in den nordafrikanischen Ländern in der anschließenden Podiumsdiskussion nach der Mittagspause.

3. Diskussion zu den Vorträgen

Sabine Drees moderiert die Podiumsdiskussion mit den Gästen aus Tunesien und Ägypten. Sie richtet ihre erste Frage an Dr. Ahmed Zaafan: Hat sich die **Bedeutung des ägyptischen Militärs** im Vergleich zu vorrevolutionären Zeiten geändert?

Dr. Ahmed Zaafan: Nein, hier gibt es keine Veränderungen, denn der wirtschaftliche Einfluss des Militärs ist erhalten geblieben. Momentan und auch in absehbarer Zeit ist hier kein Bedeutungsverlust absehbar.

Sabine Drees: Wie ist das Verhältnis zwischen gewähltem **Parlament und Militär**? In Deutschland werden beispielsweise militärische Einsätze durch das Parlament kontrolliert, ist dies in Ägypten genauso?

Dr. Ahmed Zaafan: Eigentlich nicht, wir können feststellen, dass das Militär seit seiner Revolution im Jahr 1952 Ägypten fest im Griff hat. So müssen auch jetzt beispielsweise alle neuen Beschlüsse durch den Generalstab bewilligt werden. Eine neue Gesetzesvorlage droht genau daran zu scheitern: So sollten die Vertreter des alten Regimes nicht wieder gewählt werden - doch der Generalstab verweigert seine Zustimmung.

Sabine Drees: Kann man die politische Landschaft dann vielleicht sogar als „Show-Demokratie“ bezeichnen?

Dr. Ahmed Zaafan: Eine solche Bezeichnung geht wohl zu weit - allerdings beurteilen die Jugendlichen Ägyptens die Lage zurzeit genauso. Andere denken, dass Ägypten sich nach und nach zur Demokratie wandeln muss. Die Tatsache, dass das Militär die Macht innehat, garantiert ja auch eine gewisse Unterstützung, da hier auch Erfahrung wohnt. Die Mehrheit der Ägypter ist allerdings dagegen.

Sabine Drees: Zur **Rolle der jungen Generation** in der Arabischen Revolution: wieso besitzen die vielen



jungen Menschen, die doch auch mit Hilfe der Social Media eine Veränderung der Verhältnisse herbeiführten, jetzt keine politische Macht?

Riham Galal Amin Arram: Die Rolle der Social Media wie Facebook und Twitter waren für den Start der Revolution sehr wichtig, denn hierdurch konnte man sich organisieren. Nach der Revolution begannen die Jugendlichen, lokale Organisationsstrukturen aufzubauen. Damit bilden sie ein legales Bindeglied zwischen Volk und Regierung. Diese Volkskomitees versuchen, die wichtigsten Probleme anzugehen wie z.B. die Müllentsorgung, die angesichts der Einwohnerzahl Kairo von 12 Millionen Menschen eine große Aufgabe darstellt.

Sabine Drees: Ist es den jungen Leuten gelungen, sich parteipolitisch zu organisieren? Wie sieht die Zukunft der jungen Revolutionäre aus?

Riham Galal Amin Arram: Ja, es gibt ja auch Parteien, die von den Jugendlichen gegründet worden sind. So sind jetzt etwa zehn jugendliche Vertreter im Parlament, bei den Liberalen und den Moslems. Man muss bedenken, dass sie erst seit einem Jahr politisch aktiv sind, deshalb besteht großer Grund zur Hoffnung!

Sabine Drees: Wird der Einfluss des Parlaments auf das Militär künftig stärker werden?

Dr. Ahmed Zaafan: Das kann niemand vorhersehen. Unsere Hoffnung beruht auf dem weiterhin großen Engagement der jungen Ägypter.

Sabine Drees: Auch in **Tunesien** sind die Revolutionäre nicht an den Schalthebeln der Macht - wie wirkt sich das auf die Demokratie in Ihrem Lande aus?



Taieb Nefzi: Die tunesische Revolution wurde von jungen Leuten initiiert, um an **Arbeit** zu kommen. Die Revolution war nicht gegen eine Partei gerichtet, die Parteien haben sogar davon profitiert. Noch haben die Jugendlichen keine parteipolitische Rolle, denn bei uns sind die alten Parteien weiterhin an der Macht. Wir Bürgermeister versuchen, die Jugendlichen bei ihrem wichtigsten Anliegen - dem Kampf gegen die **Arbeitslosigkeit** - zu unterstützen. Es ist richtig, dass junge Menschen nicht an unserer Verfassungsgebenden Versammlung teilnehmen. Doch es gibt einige Vertreter der Generation um 35 Jahren, die dort arbeiten. Generell müssen sich die politischen Parteien künftig verstärkt bemühen, die jungen Leute in ihre Parteien zu integrieren.

Saida Rejeb Hamdi: Die Jugend hat eine wichtige Aufgabe: sie sucht und findet Gerechtigkeit und Würde in politischem und gesellschaftlichem **Engagement**. In der Verfassungsgebenden Versammlung sind immerhin einige 30- bis 35jährige Personen vertreten. Die Parteien versuchen jetzt, sie zu integrieren.

Sabine Dress: Frau Sassi, Sie sprachen eben schon die **Interessenvertretung** der tunesischen Städte an - wissen Sie, wie dies künftig gestaltet sein soll?

Souad Sassi: Dies wurde schon in den 70er Jahren verankert, aber die Institution des tunesischen Städtetages war nur eine leere Hülle, denn nichts wurde ohne das Innenministerium entschieden, zudem gab es keine finanziellen Mittel. Doch nun haben wir eine Föderation ins Leben gerufen, mit der wir aktuell zwei Projekte in Angriff genommen haben: In der Stadt Hassai wollen wir mit der Unterstützung von Freiwilligen und Spezialisten verschiedene Bereiche wie die Trinkwasserversorgung, den Schienenverkehr und die Kulturarbeit verbessern. Auch in der Stadt Celiana verfolgen wir ein ähnliches Projekt.

Um der Struktur der Föderation **Legitimation** zu verleihen, ist es uns gelungen, die Bürgermeister der großen tunesischen Städte miteinzubeziehen. So können wir mit ihnen gemeinsam Arbeitsstrategien für eine wirkliche Dezentralisierung und Demokratisierung entwickeln! Anfang Mai findet mit Unterstützung der GIZ eine Konferenz mit rund 50 Vertretern von Kommunen, Ministerien und Nichtregierungsorganisationen statt. Auch ausländische Beobachter sind geladen, um uns ihre Eindrücke und Kritik mitzuteilen. Mit den dort ausgearbeiteten Vorschlägen wollen wir uns an die Verfassungsgebende Versammlung wenden. Wir wollen stärkere und freie Städte in Zusammenarbeit mit unseren Behörden und Ministerien schaffen! Im Zuge dieser Maßnahme wird auch eine Stärkung unseres Städtetages erfolgen. Zudem werden Experten einen **Leitfaden** für unser weiteres Vorgehen entwerfen.



Sabine Drees: Ich darf Ihnen in diesem Rahmen auch eine Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag

anbieten. Doch nun zu einem weiteren Thema: Wie werden die kommunalen Aufgaben finanziert?

Taieb Nefzi: Uns fehlt sowohl sachverständiges Personal als auch finanzielle Mittel. Wie schon zuvor sind wir von bescheidenen finanziellen Mitteln abhängig, die über den städtischen Haushalt finanziert werden. Bei einigen Projekten gibt es auch staatliche Teilfinanzierungen in Form von Darlehen, ein staatliches Budget für Kommunen gibt es allerdings nicht. Auch Deutschland hat zur Realisierung mancher Projekte bei uns beigetragen, ebenso Einzelpersonen.

Sabine Drees: Was können Sie uns Grundsätzliches zu Ihren **Städtepartnerschaften** berichten?

Saida Rejeb Hamdi: Menzel Bourguiba ist seit 40 Jahren städtepartnerschaftlich mit Stuttgart verbunden. Wir haben diese Partnerschaft direkt nach der Revolution auf ein neues Fundament gestellt. Im Bereich der Kulturarbeit realisieren wir derzeit ein Projekt mit Jugendlichen, ein Forum der Jugendlichen, von dem wir uns eine Öffnung für andere Perspektiven erhoffen.

Souad Sassi: Die Partnerschaft zwischen Tunis und Köln besteht seit 1964. Unsere **Stadtplaner** sowie andere tunesische Städte haben von dieser Partnerschaft profitiert. Zurzeit arbeiten wir mit Köln an einem **kulturellen Projekt**, dem musikalischen Austausch von Orchestern. Denn nicht nur die Daseinsvorsorge sondern auch die Kultur - in diesem Fall Musik - ist Bestandteil von jeder nachhaltigen Entwicklung.

Sabine Drees: Wer ist in Ägypten Ansprechpartner im Falle einer städtepartnerschaftlichen Zusammenarbeit?

Riham Arram: Auf der Provinzebene sind generell Ansprechpartner zu finden, auch in der Zivilbevölkerung und bei den Nichtregierungsorganisationen. Kairo bildet aufgrund seiner Größe einen Sonderfall. In der Partnerschaft mit Stuttgart erfährt hier die Zusammenarbeit durch das Projekt in der Jugendarbeit

neuen Elan. Hier wird nicht nur finanziell, sondern auch akademisch kooperiert, um Expertenwissen für die Begleitung der Jugendzentren zu finden.

Sabine Drees: Abschließend möchte ich Sie alle bitten, uns die derzeit oberste Priorität für Ihre Stadtentwicklung zu benennen.



Souad Sassi: Die Stärkung der kommunalen Dienstleistung, der Daseinsvorsorge.

Dr. Mounir Brik: Entwicklung - ganz allgemein!

Dr. Ahmed Zaafan: Mehr Berufsausbildung, generell Capacity Building.

Riham Arram: Unterstützung für die Schaffung eines Systems der Festabfallentsorgung.

Taieb Nefzi: In Menzel Bourguiba setzen wir auf eine saubere Stadt und damit gleichzeitig auf eine gesunde Umwelt.

Saida Rejeb Hamdi: Die Schaffung von kulturellen Räumen für Jugendliche, um damit eine interkulturelle und demokratische Öffnung zu bereiten.

Sabine Drees dankt für die rege und aufschlussreiche Diskussion und beendet diesen Teil der Veranstaltung.

4. Aktuelle Projekte deutsch-nordafrikanischer Kommunalpartnerschaften

Benno Trütken leitet von der Perspektive der nordafrikanischen Kommunen zu den **Erfahrungen einiger der deutschen Städte** über, die bei der Veranstaltung vertreten sind: Frankfurt, Köln und Stuttgart. Er bittet **Frank Wittersheim**, Stadt Frankfurt (re.), **Dr. Frederic Stephan**, Stadt Stuttgart (li.) und **Dr. Uwe Korch**, Stadt Köln (Mitte) auf dem Podium Platz zu nehmen und über den Stand ihrer jeweiligen Kommunalpartnerschaft zu berichten.

Frank Wittersheim, Stadt Frankfurt



Sehr geehrte Damen und Herren,

schon seit 1979 besteht zwischen **Kairo und Frankfurt** ein Freundschaftsvertrag. Mit Blick auf die jüngste Vergangenheit unserer Partnerschaft möchte ich von einer Delegationsreise im Mai 2011 berichten. Eine Delegation des evangelischen Regionalverbandes aus Frankfurt reiste nach Kairo, um sich vor Ort über die aktuelle Situation zu informieren. Der neue Gouverneur, Prof. Abdel Qawi-Kalifa, empfing die Delegation und begrüßte ausdrücklich das Wiederaufleben der Beziehungen. Daraufhin schickte der Frankfurter Oberbürgermeister eine Einladung, die allerdings bis

dato noch nicht beantwortet wurde. Der Besuch führte dazu, dass der Evangelische Regionalverband, das Jugendamt und wir, als Referat für Internationale Angelegenheiten, ein Programm initiierten mit dem Titel **„Fachkräfteaustausch in der Jugendarbeit“**.

Im September 2011 fand der Besuch einer ägyptischen Delegation in Frankfurt statt. Die Zusammensetzung dieser Delegation war perfekt paritätisch besetzt, sowohl hinsichtlich des Geschlechts als auch der Religionszugehörigkeit. Einer der Schwerpunkte der Begegnung war der Aufbau der demokratischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Ende des zweiten Weltkrieges, denn diese Situation ist mit den Erfahrungen der Länder des arabischen Frühlings vergleichbar. In unserem Bildungsprojekt hatten wir unter anderem Tandems aus ägyptischen und deutschen Mitarbeitern gebildet, die Jugendeinrichtungen besuchten. Zudem fanden ein offizieller Empfang durch die Stadtspitze Frankfurts und ein **Erfahrungsaustausch** statt. Der Gegenbesuch im November 2011 in Kairo wurde ebenso strukturiert. Viele persönliche Kontakte sind dabei entstanden, die auch weiterhin gepflegt werden.

Wir wollen diese Kooperation gern dauerhaft fortführen und freuen uns deshalb sehr, im Rahmen dieser Veranstaltung Ansprechpartnern aus Kairo zu begegnen und den Kontakt direkt aufleben zu lassen!

Dr. Frederic Stephan, Stadt Stuttgart



Sehr geehrte Damen und Herren,

Menzel Bourguiba und Stuttgart sind seit nunmehr 51 Jahren städtepartnerschaftlich miteinander verbunden. Grundsätzlich versuchen wir, ein **Netzwerk** mit Partnern sowohl in der Verwaltung als auch in der Zivilgesellschaft aufzubauen. Im letzten Jahr haben wir uns erfolgreich darum bemüht, die bisherigen Projekte fortzuführen.

Unsere **Aktivitäten** sind vielfältig, dazu gehört beispielsweise ein Jugendaustausch mit der größten Organisation dieses Bereiches in Stuttgart, der Jugendhausgesellschaft, der 46 Einrichtungen angehören. Auch werden im Rahmen unserer Partnerschaft Deutschkurse in Menzel Bourguiba finanziert, und es gibt dort einen ‚Stuttgart-Garten‘. Jahrelang haben wir im Bereich der Müllentsorgung zusammengearbeitet, auch dies wollen wir fortsetzen. Eine weitere Aktivität ist die jährliche Vergabe von Stipendien für Sommer-sprachkurse in Stuttgart.

Lassen Sie mich von unserem jährlichen **Städtepartnerschaftstreffen** mit unseren zehn Partnerstädten berichten. Bei der Themenvorgabe orientieren wir uns dabei oft an der Europäischen Union, so war das Thema im Jahr 2011 „Bürgerschaftliches Engagement“. Deshalb baten wir unsere Partner auch Vertreter

von **Nichtregierungsorganisationen** zu unserem Treffen einzuladen. Aus diesem Treffen gingen sehr viele Impulse für verschiedene Kooperationsbereiche wie Sport, Bildung, Ausbildung, Kultur hervor. Durch diese Arbeit gibt es die Basis unserer Netzwerke, die wirkungsvoll zusammenarbeiten. Unter anderem gelang es dem Verein tunesischer Akademiker in Stuttgart, die Fotoausstellung des Goethe-Instituts „Revolution auf Tunesisch“ mit den Werken des Revolutions-Fotografen Hamideddine Bouali zu organisieren. Und in diesem Frühjahr findet das Jugendforum in Menzel Bourguiba statt, das der Stadtjugendring organisiert. Wichtig war und ist für uns, dass die Partner ihre ganz konkreten Bedürfnisse formulieren, und ebenso elementar ist es, alle Partner des Netzwerks zusammenzubringen, also sowohl Vertreter der Verwaltung als auch der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft.

Wir freuen uns auf unsere weitere Zusammenarbeit!

Dr. Uwe Korch, Stadt Köln



Die Partnerschaft **Köln - Tunis** besteht seit 1964. Gerade in den ersten Jahren haben wir sowohl auf der Verwaltungs- als auch auf der bürgerschaftlichen Ebene viele Austauschbegegnungen veranstaltet. Noch 1999 wurde ein Abkommen unterzeichnet, in dem die engere Zusammenarbeit in vielen Bereichen vereinbart

wurde. Schon kurz vor der Jasminrevolution wollten wir mit der **konkreten Projektarbeit** beginnen und dies soll jetzt forciert werden.

Im April 2011 gab uns ein **Ratsbeschluss** die politische Grundlage für diese Zusammenarbeit. Ein Projekt der nordrheinwestfälischen Staatskanzlei war für die Partnerschaft Tunis - Köln sehr hilfreich, denn in diesem Rahmen konnten Reisen organisiert werden, um einen Expertenaustausch zu ermöglichen. Dabei wurden die beiden derzeit für Tunis wichtigen Themen behandelt: **Bürgerbeteiligung und Abfallwirtschaft**.

Jetzt gibt es **konkrete Projektideen**: Ein Bildungs- und Qualifizierungsprojekt im Bereich Abfallwirtschaft und -vermeidung, speziell für Kinder und Jugendliche. Überlegt wird hier auch, abgeschriebene, aber noch fahrtüchtige Müllfahrzeuge der Stadt Köln an Tunis abzugeben.

Ich darf Ihnen weitere Ideen für folgende **Bereiche** auflisten:

- Straßenverkehr
- Beleuchtung des öffentlichen Raums
- Modernisierung im Bereich Stadtplanung
- Wiederbelebung des kulturellen Austausches
- Wiederaufnahme von Schul- und Jugendaustausch

In Kürze wird in Köln hierzu ein ‚Runder Tisch‘ tagen: Dann sollen nicht nur die städtischen Kollegen vertreten sein, sondern generell Multiplikatoren wie beispielsweise Akteure aus Verbänden und Bürgervereinen. Die Stadt Köln versteht sich dabei als Vermittler von Know How und Firmenkontakten und bietet grundsätzlich auch an, Experten in konkrete Projekte zum Fachaustausch zu entsenden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Die Delegation aus Sfax ist mittlerweile eingetroffen und der Oberbürgermeister der Stadt Sfax erhält die Gelegenheit sich zu äußern.

Mohamed Nejib Abdelmoula, Oberbürgermeister der Stadt Sfax und Präsident der Sonderdelegation der Stadt Sfax im Ministerium des Inneren



Bitte entschuldigen Sie unser verspätetes Eintreffen, das reisetechisch bedingt war. Ich habe festgestellt, dass wir Kommunen dieselben postrevolutionären Probleme haben. Aus diesem Grunde sollten wir hier über eine **gemeinsame Strategie der Prioritäten** nachdenken, denn eine reine Aufzählung der Probleme wird der Komplexität der Anforderungen nicht gerecht. Wir müssen ganzheitlicher vorgehen und auf mehreren Ebenen zugleich agieren.

Arbeitet ein Rathaus mit einem anderen Rathaus zusammen, gibt es immer formelle und administrative Probleme. Wenn wir globaler arbeiten, könnten diese Probleme vermieden werden, indem wir uns an die Regierung wenden. Dies könnte die Abläufe vereinfachen und die Projektanbahnung leichter gestalten, gewisse Hürden würden sich einfacher überwinden lassen. Neben der Stadtreinigung, der selektiven Müllfassung und Recycling möchte ich die Energiewirtschaft erwähnen. All diese Themen sind bei unseren Freunden in Deutschland gut aufgehoben, denn sie besitzen das Knowhow und die nötigen technischen Mittel.

Der geeignetste Rahmen für eine kommunale Zusammenarbeit ist der **tunesische Städtetag**, denn innerhalb

dieses Verbandes findet sich der Widerhall der Probleme, der allen tunesischen Städten gemein ist.

Ich sehe unserer Zusammenarbeit mit großer Hoffnung entgegen!

Nachdem Moderator Benno Trütken zum Abschluss dieses Tagesordnungspunktes um ergänzende Wortmeldungen bittet, werden zwei kurze Beiträge zu Gehör gebracht:

Meinolf Spiekermann, GIZ, möchte die vielfachen Danksagungen hinsichtlich der GIZ-geförderten Vorhaben richtigstellen: Der Dank gebühre nicht der Durchführungsgesellschaft sondern der Finanzierung durch die deutsche Bundesregierung, insbesondere dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) und dem Auswärtigen Amt (AA).

Johannes Söhner, Yalla e.V.², stellt seine Organisation vor und verweist auf deren lange Erfahrung bei interkulturellen Begegnungen. Generell sollte bei der interkommunalen Zusammenarbeit vor allem die Entstehung von Bürgerbeteiligung und Eigeninitiative unterstützt werden. Deshalb sei es wichtig, Bürger schon sehr frühzeitig bei der Etablierung der Kontakte und deren Weiterentwicklung einzubinden.

² www.yallaev.de

5. Arbeitsgruppen

Benno Trütken dankt für die eingehenden Darstellungen der aktuellen Situation und leitet nun über zum nächsten Tagesordnungspunkt.

In vier Arbeitsgruppen sollen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Ansatzpunkte für deutsche Kommunen zur Unterstützung der Demokratisierung und kommunalen Selbstverwaltung in Zusammenarbeit in ihren Partnerkommunen in Nordafrika herausarbeiten.

Dabei sollen ausgehend von einer Vision für die Zukunft der nordafrikanischen Kommunen **konkrete Themen** der Zusammenarbeit sowie nächste Schritte und **Projektideen** aufgezeigt werden.

An dieser Stelle weist der Moderator darauf hin, dass sich konkrete Projekte im Rahmen dieser Veranstaltung nicht sofort fixieren lassen, sich aber Ansätze zur Realisierung und Finanzierung ergeben können, da die Ideen und Vorstellungen in einer Abschlussrunde dem Plenum präsentiert werden.

Nach einer Diskussion im Plenum werden die vier Arbeitsgruppen entlang thematischer Schwerpunkte festgelegt.

Diese sind:

- Jugend, Schule, Bildung, Kunst und Kultur
- Verbandsarbeit des tunesischen Städtetages
- Kommunale Daseinsvorsorge (Abfallwirtschaft, Energie- und Wasserversorgung)
- Initiierende Sitzung/Konstituierende Beratung einer Partnerschaft Nürnberg und Benguardane



5.1 Arbeitsgruppe 1 ‚Jugend, Bildung, Kunst und Kultur‘

Von den nordafrikanischen Kommunalvertretern dieser Arbeitsgruppe wurden folgende elementare Aspekte als Bestandteile einer **Vision der nordafrikanischen Kommunen** aufgeführt:

- **Respektvoller Umgang** der Bevölkerungsgruppen untereinander
- Eine gut **ausgebildete, demokratisch aktive Jugend**
- Gelebtes **Citizenship und Bürgerengagement**
- Förderung der **Selbstständigkeit**, auch um wirtschaftliches Wachstum zu generieren
- **Train the Trainer** - Verbesserung des Ausbildungssystems
- Kulturelle **Bildung ohne Indoktrination**

Die Vertreter der **deutschen Kommunen** führten folgende Aspekte auf:

- Der Transfer von Wissen im **Handwerk**
- Gemeinsame **Stärkung der Ausbildung**
- Übertragung des **Subsidiaritätsprinzips**, dadurch Förderung der Dezentralisation

Die Vertreter der **anderen Teilnehmer** dieser Gruppe wünschen sich für die nordafrikanischen Kommunen künftig:

- Demokratische Wirtschaftsstruktur
- Bürgerbeteiligung
- Wirtschaftstraining

Die Vertreter der tunesischen und ägyptischen Kommunen äußerten zudem **unterschiedliche Bedürfnisse** für Projektaktivitäten, da die jeweiligen Ausgangssituationen divers seien:

- So liegt die ägyptische Analphabetenquote bei etwa 40% und ist damit sehr viel höher als in Tunesien. Deshalb wäre in Ägypten ein Bildungsprojekt auf Schulebene wünschenswert.
- Ein schon laufendes Projekt in Ägypten, namens „Lifemakers“, unterstützt Kinder, die die Schule abgebrochen haben und sorgt im Rahmen des Projekts für eine Rückkehr zum Unterricht.

- In Tunesien hingegen geht es vielmehr darum, den Schulbesuch erfolgreich abzuschließen.
- Bildung sollte sich in Tunesien nicht nur auf den beruflichen Bereich konzentrieren, sondern auch kulturelle Perspektiven anbieten.

Als mögliche **Maßnahmen** in der partnerschaftlichen kommunalen Zusammenarbeit wurden genannt:

- Mehr Begegnungen und Austausch von Jugendlichen, um so auch die Akzeptanz von Vielfalt zu fördern
- Fortsetzung des Austausches mit Volontären und Hospitanten auf allen schulischen und beruflichen Ebenen, auch durch ehrenamtliches Engagement
- Verstärkter Einsatz von Multiplikatoren im Handwerk, um die Ausbildung zu verbessern
- Nutzen des Internationalen Netzwerks der Wirtschaftsjunioren (Junior Chamber International³), um so den weltweiten Knowhow-Austausch zu fördern

Bei der Diskussion von **Projektvorschlägen**, die aus den zuvor genannten Aspekten entstehen können, wurde auch ein kritischer Punkt benannt: Das Engagement von Ausländern kann als ‚ideologisch verdächtig‘ betrachtet werden. Dr. Ahmed Zaafan ergänzt, dass nur rein politische Projekte hiervon betroffen sein könnten. Richte sich der Projektfokus beispielsweise auf das Erzielen eines Ausbildungstransfers auf Augenhöhe, so sei dies unverdächtig, Ideologien zu transferieren. Alle anderen Begegnungen im gesellschaftlichen oder kulturellen Bereich - vor allem auch im touristischen Sektor - seien hiervon ebenfalls ausgenommen.

³ <http://www.jci.cc/guests/>

5.2 Arbeitsgruppe 2 ‚Verbandsarbeit des tunesischen Städtetages‘



Zunächst wird der neu entstehende **tunesische Städtetag - Fédération Nationale des Villes Tunisiennes, FNVT** - vorgestellt. Noch kann dieser Städtetag keine regulär funktionierende Interessenvertretung bieten, da er sich im Aufbau befindet. Die Führungskräfte wurden durch das Innenministerium eingesetzt, deshalb sind unabhängige Entscheidungen noch nicht möglich. Wegen fehlender Mitgliedsbeiträge besitzt der tunesische Städtetag kaum finanzielle Mittel.

Vor diesem Hintergrund entwickelten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Arbeitsgruppe **konkrete Projektvorschläge**. So lud Souad Sassi den Deutschen Städtetag zur Generalversammlung des tunesischen Städtetages im Mai 2012 ein. Auch ein Zusammentreffen mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern einer Informationsreise der tunesischen Kommission für Kommunalrecht und des Tunesischen Städtetages sind geplant.

Im Rahmen der Diskussion über die neue tunesische **Verfassung** bestand große Einigkeit, dass der Verband hier elementare Rechte zugeschrieben bekommen solle. Von noch größerer Bedeutung und eines der Hauptanliegen des Verbandes sei allerdings die Aufnahme der **kommunalen Selbstverwaltung** in die tunesische Verfassung, da hieran weitergehende Rechte für die Kommunen geknüpft sind.

In diesem Kontext wäre der Austausch mit Vertretern deutscher Kommunen sehr fruchtbar, dabei ginge es allerdings nicht um die Übernahme von deutscher Kommunalpolitik, sondern um die Entwicklung von geeigneten Elementen, die auf die tunesischen Verhältnisse zugeschnitten sind.

Eines der kurzfristigen **Hauptanliegen** des tunesischen Verbandes ist es

- **Strategien und Positionen** über seine Ziele und Aufgaben zu entwickeln.
- Ebenso sollen auch **Ressourcen** gefunden werden, um diese Aufgaben zu erfüllen.
- Mittel- und langfristig soll die **kommunale Facharbeit** eine wichtige Rolle spielen, die der Verband für seine Mitglieder bündeln und verwerten kann.
- Voraussetzung hierfür ist eine **funktionsfähige Fach- und Beschlussgremienstruktur**.
- Verbunden mit der kommunalen Facharbeit sind auch **Dienstleistungen** des Verbandes für die Städte wie beispielsweise das Angebot einer Homepage.

Generelles Ziel ist die Einbindung der Zivilgesellschaft in die Arbeit des Verbandes.

5.3 Arbeitsgruppe 3 ‚Daseinsvorsorge‘

In dieser sehr großen Gruppe kam es zu Mehrfachnennungen von bestimmten Themen. Generell gab es unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern viel **Übereinstimmung** über einen Handlungsbedarf vor allem im Bereich **Umwelt und Energie**. Die Visionen für die künftige Entwicklung der nordafrikanischen Kommunen war bei den deutschen und nordafrikanischen Teilnehmern und Teilnehmerinnen fast deckungsgleich. Sie drehten sich um:

- **Sauberkeit** - der Stadt, der Straßen, des Grundwassers
- Saubere **Energien** wie Solarenergie
- Bereich **Abfallbeseitigung**: Umweltbewusstsein schärfen, Müllentsorgung, Müllvermeidung und -trennung, Förderung von Recycling
- **Bürgerbeteiligung**, bürgernahe Verwaltung
- **Einbeziehung** der Bürger in die Stadtplanung
- Einbeziehung der Jugend
- Verbesserung der **Infrastruktur**, insbesondere des Nahverkehrs
- Schaffung von **Spielplätzen**
- **Nachhaltige Stadtplanung**, insbesondere der Energieversorgung
- **Schutz des Kulturerbes**

Anschließend wurde die Frage erörtert, in welchen Themenbereichen die Kommunen kooperieren



könnten. Die **deutschen Kommunen** bieten ihr Know-how in einigen der oben genannten Bereiche an. Vorstellbar sind die

- Etablierung eines **Lernnetzwerks**
- Informationsangebote über
 - saubere Energie
 - Mülltrennung
 - Beratung zur nachhaltigen Energieversorgung
 - Organisation von **Expertenaustausch** zu folgenden Themen:
 - Abfallmanagement und Recycling
 - Stadtplanung
 - Ideen- und Beschwerdemanagement

Zudem sollen Investitionen gemäß Nachhaltigkeitskriterien priorisiert werden.



5.4 Arbeitsgruppe 4 ‚Partnerschaft Nürnberg – Benguardane‘

Die vierte, kleinste Arbeitsgruppe widmet sich der ganz **konkreten Projektarbeit**, der Partnerschaft zwischen der **Stadt Nürnberg** und der tunesischen Kommune **Benguardane**. Die Vertreter der Städte Nürnberg und Benguardane formulieren einen **Letter of Intent**, um so die Punkte einer konkreten Zusammenarbeit zu fixieren. Das gemeinsame Ziel ist es, Benguardane beim **Aufbau demokratischer Strukturen** und bei Fragen der **Grundversorgung** der Bevölkerung zu beraten und gegebenenfalls tatkräftig zu unterstützen.

Die künftige Zusammenarbeit wird sich auf viele Bereiche der städtischen Aufgaben erstrecken. So geht es etwa um die Bekämpfung der städtischen Probleme Benguardanes bei der Abfallbeseitigung, Wasserverschmutzung und Arbeitslosigkeit.

Als vorrangig werden schließlich folgende **Gebiete der Kooperation** definiert:

- Umwelt (Wasser, Energie, Abfall)
- Verkehrs- und Stadtplanung
- Stadtentwicklung sowie Wirtschaftsförderung
- Gesundheitswesen

- Sport
- Ausbildung
- Kultur- und Jugendaustausch.

Folgende **konkrete Arbeitsschritte** werden definiert:

- Startup-Projekte
- Entwicklung eines Verkehrsplans für Benguardane
- Abfallwirtschaft
- Rattenbekämpfung

Zur Organisation der Zusammenarbeit wird ein **Komitee** gebildet. Hier soll ein **Kooperationsprogramm** entwickelt werden, Treffen organisiert und generell die Beziehungen zwischen beiden Städten entwickelt werden. Die Partnerschaft wird durch Öffentlichkeitsarbeit begleitet. Bei periodischen Treffen, auch Videokonferenzen, die etwa alle sechs Monate stattfinden, geht es um den Informationsaustausch sowie das Definieren und Aktualisieren des Kooperationsprogramms.

Nachdem sämtliche Ergebnisse der Arbeitsgruppensitzungen präsentiert wurden, folgt eine abschließende Diskussion im Plenum.



5.5 Diskussion der Ergebnisse der Arbeitsgruppenrunde

Moderator Benno Trütken bitte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum Abschluss des ersten Konferenztages um ein ‚Blitzlicht‘, ein kurzes Statement zu den für sie wichtigsten Ergebnissen.



Patricia Ruppert, INCENTO/Stadt Friedrichshafen, würdigt grundsätzlich das große **Wissenspotenzial**, das in den Kommunen mit ihren verschiedenen Akteuren vorhanden ist: „Dieser Fundus muss gerade auch in entwicklungspolitischer Sicht genutzt werden, um ‚local democracy‘ aufzubauen. Wichtig ist dabei auch, **finanzielle Unterstützung** von nationaler oder europäischer Seite zu generieren.“

Frank Wittersheim, Stadt Frankfurt, hält fest, dass deutsche Kommunen keine Entwicklungspolitik betreiben können: „Dies liegt im Aufgabenbereich der Bundesregierung und ist für die Kommunen lediglich eine **freiwillige Leistung**, die sie sich aufgrund der angespannten Haushaltslage derzeit nicht leisten könnten. Zwar besitzen die Kommunen die Expertise, benötigen aber Unterstützung bei der Durchführung. Der Deutsche Städtetag möge Bund und Länder in die Pflicht nehmen, damit kommunale Projekte, die auf kommunaler Ebene vorbereitet werden müssen, durch die übergeordneten politischen Ebenen finanziell unterstützt werden.“

Sabine Drees weist auf den **Beschluss des Städtetages** hin, der genau auf den Punkt der Sicherung der finanziellen Rahmenbedingungen für kommunale Entwicklungszusammenarbeit zielt: „Eine weitere Komponente, um die Rahmenbedingungen zu sichern, ist auch unser Bemühen um **Kooperationspartner** wie die SKEW und GIZ. An dieser Stelle möchte ich auf ein derzeit laufendes Programm für kommunale Entwicklungszusammenarbeit in Nordrhein-Westfalen aufmerksam machen, das u.a. auch die Stadt Köln für ihre entwicklungspolitischen Aktivitäten nutzt.“



Hans Ulrich Volland, Stadt Köln, trägt eine Idee zur konkreten Projektabwicklung vor: „Die Stadt Tunis schickte der Partnerstadt Köln einen Vermerk mit konkreten Projektvorschlägen, die individuelle Vorgehensweisen verlangen. Da die Umsetzung bei jedem Partner anders verläuft, ist die Erarbeitung eines konkreten Planungsablaufes wichtig, der dann von den Prozessverantwortlichen begleitet wird. Die Stadt Köln hat mit einer **konkreten Projektliste** also schon einen Folgeschritt erreicht.“

Dr. Mounir Brik möchte an dieser Stelle Vorschläge ergänzen: „Zum nächsten Treffen des Netzwerks sollten weitere Vertreter der anderen Partnerkommunen eingeladen werden, die hier mitwirken. Zudem weise ich auf die deutsche **Initiative DESERTEC⁴** hin, ein

4 <http://www.desertec.org/>

Konzept für die Nutzung von Solarenergie und Windenergie, das in Nordafrika und im Nahen Osten durch ein Konsortium, einer Gruppe europäischer Unternehmen und der DESERTEC Foundation umgesetzt wird.

Taieb Nefzi greift das **Energiethema** auf, das für tunesische Kommunen gerade jetzt in der Phase der Neuausrichtung sehr bedeutend ist: „Hier verfügen die deutschen Partner oftmals über mehr Erfahrung sowohl bei technischen als auch finanziellen Aspekten. Sie wissen, wie Fördermöglichkeiten zu generieren sind, deshalb ist ihre **Begleitung** bei den einzelnen Schritten der Antragstellung beispielsweise von EU-Förderung sehr wertvoll für uns. Auf der Grundlage dieser konkreten Handlungen ist ein konstruktiver Austausch und Vergleich möglich. Das Interesse der tunesischen Städte liegt also bei der fachlichen Begleitung des jeweiligen Projektes.“

Ahmed Guidara, Sfax: „Wir brauchen mehr als den Kommunikationstransfer zwischen den Kommunen. Es geht nicht nur um Besuche sondern auch um das Einbeziehen von **Wirtschaftsvertretern**. Deshalb schlage ich vor, zum nächsten Netzwerktreffen auch Unternehmer einzuladen. Sie sollten Lieferantenkredite oder spezielle Darlehen für Projekte mit den nordafrikanischen bewilligt bekommen.“

Souad Sassi pflichtet ihrem Kollegen bei: „Es ist sehr vorteilhaft, andere Vorgehensweisen kennenzulernen. Im Falle von finanziellen Problemen wäre Public-Private-Partnership mit deutschen Unternehmen vorstellbar. Denkbar wäre beispielsweise, Geld für Werbung zu geben, wie dies in einem Sponsoring-Projekt zwischen Tunis und Wien geregelt wurde. Generell vertrauen wir auf die Expertise der deutschen Partner bei der Antragstellung bei der EU.“

Riham Galal Arram sieht die Partnerschaft von Stuttgart und Menzel Bourguiba mit großem Interesse und hätte eine **Vorstellung der Projekte** der anderen Städtepartner für gut befunden: „Für Kairo wäre es beispielsweise sehr interessant, mehr über das

Umweltprojekt, das Stuttgart mit Menzel Bourguiba erarbeitet hat, zu erfahren, denn auch für Kairo ist ein ähnliches Pilotprojekt gemeinsam mit Frankfurt in Planung.“

Dr. Ahmed Zaafan stimmt nicht mit seinen Vorrednern überein: „Ich gebe zu bedenken, dass sich innerhalb der kurzen Veranstaltungsdauer des Netzwerktreffens keine konkreten Projekte entwickeln lassen. Im Rahmen der Veranstaltung wurde viel, vor allem im **Austausch von Ideen und Kontakten**, erreicht. Wir nordafrikanischen Kommunen müssen nun selbst aktiv werden und konkrete Projektvorschläge erarbeiten, um diese dann den deutschen Partnern vorzulegen.“

Souad Sassi stellt klar: „Wir wollen in keinsten Weise die Seriosität der deutschen Partner in Frage stellen, es geht nur darum, die partnerschaftlichen Beziehungen durch **Konkretisierung** zu festigen.“



Silmi Khanfir, Vizepräsident Tunesisches Kompetenznetzwerk „tunicomp“, begrüßt, dass im Rahmen der Initiative des Netzwerktreffens ein Kennenlernen der Partner ermöglicht wurde: „Ich schlage vor, für das nächste Treffen des Netzwerks weitere Verfahrensschritte anzugehen. Dann sollte auf eine eingegrenzte Anzahl von Themen und zwei, drei Projektbeispiele aus den nordafrikanischen Kommunen fokussiert werden, um auf dieser Grundlage einen intensiven Gedanken- und Erfahrungsaustausch auf einer konkreten Basis zu vollziehen.“

Heinrich Korn, Jugendamt Stuttgart, sieht in den Kommunen ein ungeheures Potenzial vor allem in der **Netzwerkarbeit**: „Informationen über die Projekte, eine Art Projektbeschreibung, sollten über die Kommunen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. So könnten auch Finanzierungsmöglichkeiten gefunden werden. Denkbar wäre dies auf einer Art ‚Marktplatz‘, einer Internetplattform.“

Mandy Wagner begrüßt diesen Hinweis: „Wir haben in der SKEW schon Überlegungen begonnen, eine Informationsquelle über schon existente und entstehende Partnerschaftsprojekte auf unserer Homepage anzubieten. Mit diesem ‚**Projektmarkt**‘ werden wir dem Anspruch des Netzwerks gerecht, als Austausch- und Dialogplattform zu dienen.“

Benno Trütken bedankt sich für die Kommentare und beendet den ersten Tag mit einem Hinweis auf das Programm des nächsten Tages und das anschließende Abendessen.

6. Fördermöglichkeiten für Initiativen der Kommunen in Nordafrika

Benno Trütken begrüßt die Vertreter der deutschen Kommunen und ihre inländischen Partner zum zweiten Veranstaltungstag des Netzwerktreffens. Nach einem kurzen Rückblick auf den ersten Tag soll nun verstärkt um eine Information der deutschen Kommunen zu Vorgehensweisen und Finanzierungsmöglichkeiten sowie den Perspektiven des weiteren Vorgehens gehen.

Zunächst stellt Meinolf Spiekermann die Fortschritte des CoMun Projektes der GIZ vor, das bereits beim ersten Netzwerktreffen im November 2011 ein Themenpunkt der Veranstaltung war.

Im Anschluss daran werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die Beratungs- und Dienstleistungen der Organisation benego bei Projekten, die durch die Europäische Kommission gefördert werden, informiert. Danach erhalten sie einen detaillierten Einblick in ein Projekt, das die Consultantfirma INCENTO gemeinsam mit der Stadt Friedrichshafen und weiteren Partnern durchführt.

6.1 Meinolf Spiekermann, CoMun Projekt, GIZ



In dem vom BMZ geförderten Projekt „**Stärkung kommunaler Strukturen im Maghreb**“/ CoMun⁵ werden Kommunen in Marokko, Algerien und Tunesien als Handlungsakteure der lokalen aber auch der nationalen Entwicklung gefördert. Hier geht es um die Organisation und Strukturierung eines **Lernnetzwerks** zur kommunalen Entwicklung innerhalb der maghrebini-schen Kommunen. Seit kurzem hat die GIZ auch den Auftrag des Auswärtigen Amtes zur Unterstützung des nationalen Demokratisierungsprozesses und von kommunalen demokratischen Strukturen in Tunesien erhalten.

Anfang Dezember 2011 fand ein **deutsch-tunesisches Städtecolloquium** in Tunis statt, an dem sieben deutsche Städte teilnahmen. An den beiden Tagen des Colloquiums ging es um die aktuelle Lage der tunesischen Städte und wie und wo projektbezogene Zusammenarbeit mit den deutschen Städten erwünscht und möglich ist. In einem nächsten Schritt fand Anfang März 2012 eine **Regionalkonferenz** mit

5 <http://www.co-mun.net/>

12 tunesischen Kommunen des Projekts CoMun statt: Neben der Themenfindung für Unterstützungsbedarfe ging es hier auch um die Netzwerkbildung, den regionalen Lernaustausch, der sich schon jetzt als sehr fruchtbar erwies.

Folgende **Themenvorschläge** wurden identifiziert:

1. Oberste Priorität hat - wie wir auch hier erfahren haben - der Bereich **Abfallwirtschaft**, bzw. Abfallbeseitigung. Dies ist die derzeit größte Herausforderung für sieben der dort vertretenen tunesischen Kommunen.
2. **Integrierte Stadtplanung** wurde von vier Kommunen für wichtig befunden. Die Städte wollen eine strategisch orientierte Stadtentwicklungsplanung, die auch die wirtschaftliche Komponente beinhaltet.
3. Konzepte zur Entwicklung einer strategisch geplanten **Mobilitätsstrategie**.
4. **Energieeffizienz** war für die Stadt Sfax von Interesse.
5. Integrierter **Altstadterhalt**, hier ist nicht nur der Erhalt der Medina sondern auch Investitionsanreize zur Entwicklung der Altstädte intendiert.
6. **Grundwasserschutz** und Abwasserreinigung

Für den Bereich der **kommunalen Demokratie** im Auftrag des Auswärtigen Amtes wurden diese Themenfelder für die tunesischen Kommunen genannt:

- Kommunale Demokratie
- **Bürgerbeteiligung** und Bürgernähe
- Förderung des **Dialogs mit der Jugend**
- **Kommunikation** mit und **Information** von Bürgern
- Die Einrichtung von **Bürgerbüros** in denen die Stadt Dienstleister des Bürgers ist
- **Verankerung von kommunaler Selbstverwaltung** in der Verfassung, so erfolgt auch eine Stärkung des tunesischen Kommunalverbandes FNVT

Meinolf Spiekermann fasst zusammen: Die Themenfelder, die im Rahmen des CoMun Projektes bearbeitet werden sollen, sind identifiziert. Für die tunesischen Kommunen wird die Ideensammlung bis Mitte Mai 2012 in **konkrete und realisierbare Projektvorschläge** durch einen Gutachterausschuss formuliert.

Danach geht es darum, **deutsche Kommunen als Partner** zu finden. Dabei wirkt die GIZ als Mittler und geht bis Mitte Juni 2012 auf die deutschen Kommunen zu. Wichtig ist: hier sind auch Teillösungen möglich, nicht nur die Übernahme kompletter Paketlösungen. Stuttgart und Menzel Bourguiba engagieren sich beispielsweise gemeinsam für die kommunale Demokratieförderung, sie organisieren einen Dialog mit der Jugend und entwickeln Konzepte zur Einbindung. Sie haben einen Durchführungsvertrag mit der GIZ vereinbart und führen das Projekt alleine durch. Denkbar ist aber auch eine bloße Entsendung kommunaler Experten.

Beispiele für die verschiedenen Arten der Kooperation finden sich auch in den schon bestehenden oder geplanten Kooperationen **deutscher und marokkanischer Kommunen**:

- Bamberg arbeitet mit drei marokkanischen Städten im Bereich integrierte Umwelt- und Abfallwirtschaft zusammen
- Hannover und Fes möchten im Bereich der Verkehrsplanung bzw. der integrierten Mobilität zusammenarbeiten.
- Frankfurt a.M. und Rabat wollen sich im Bereich Energieeffizienz engagieren.

Da verschiedene Arten der Projektdurchführung möglich sind, gibt es auch bei der Größenordnung der finanziellen Förderung verschiedene Varianten. Meinolf Spiekermann ergänzt, dass die Höhe der Förderung auch von der jeweiligen Kapazität der Städte abhängig ist. Zudem unterhält die GIZ auch Kontakte zu anderen Gebern, die durchaus Interesse an der Förderung von entwicklungspolitischen Maßnahmen haben.

Im Plenum wird anschließend die Frage nach der **Bedeutung der Wirtschaftsförderung** diskutiert. Es besteht Einigkeit, dass dieser Bereich für die kommunale Entwicklung unerlässlich ist; Fakt ist jedoch, dass die Prioritäten der tunesischen Städte aktuell in anderen Bereichen liegen. Zudem beinhaltet die von vielen Städten gewünschte integrierte Stadtentwicklung selbstverständlich auch den wirtschaftlichen Bereich.

6.2 Reinhard Jenke-Sudbrock, Bengo: Vorstellung der Europäischen Nachbarschaftsinitiative (ENPI)



Reinhard Jenke-Sudbrock, EU-Berater bei Bengo⁶, stellt die Ziele und Ausrichtung des Programms der Europäischen Nachbarschaftsinitiative (ENPI) vor und zeigt Wege zur Erarbeitung von EU Anträgen auf: „Seit 25 Jahren arbeitet Bengo in der Beratung

von Nichtregierungsorganisationen. Seit Januar 2012 ist Bengo in Engagement Global fusioniert. Bengo unterstützt zivilgesellschaftliche Akteure bei der Antragstellung bei BMZ und der EU, seit Januar 2012 darf Bengo auch Kommunen beraten. Unsere Leistungen erstrecken sich auf die **Identifizierung von Fördermöglichkeiten** sowie die **Begleitung bei der Antragstellung und Projektdurchführung**.

Zunächst möchte ich Ihnen noch einen Hinweis zur digitalen Heimat Bengos geben, wo Sie viele Informationen und Links erhalten: <http://www.engagement-global.de/bengo.html>

Zu den verschiedenen **Aufgabenbereichen Bengos** gehören:

- Beratung über Fördervoraussetzungen und Fördermöglichkeiten für diverse NRO-Aktivitäten wie Auslandsprojekte, Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit
- Tipps und Hinweise zur Antragstellung
- Vermittlung von kompetenten Ansprechpartnern und Hinweis auf Dokumentations- und Informationsquellen, um Fragen des Projektmanagements klären zu können
- Beratung bei der Erarbeitung eines schlüssigen Projektkonzepts und der Antragsformulierung

- Prüfung aller Anträge und Weiterleitung mit einem Votum an das BMZ

Bei der **Europäischen Kommission** gibt es zahlreiche Möglichkeiten, Fördermittel zu beantragen, die Nichtregierungsorganisationen aber auch Kommunen zur Verfügung stehen.

Local authorities, Kommunen, bilden zwar laut Aussage der EU einen Schwerpunkt ihrer Förderung, nur werden ihre angebotenen **Budgetlinien** diesem Anspruch noch nicht gerecht. Es gibt deshalb keinen klar definierten Bereich für die kommunale Zusammenarbeit auf europäischer oder globaler Ebene, sondern es muss unter den von **Europe Aid** angebotenen Budgetlinien nach einem passenden Call for Proposal, Aufruf zur Antragstellung, gesucht werden.

Hier ist Bengo aktiv: Wenn Sie ein Projektfeld definiert haben, hilft Bengo Ihnen bei der **zielgenauen Suche** in der großen Fülle der Ausschreibungen und Antragstellung. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Bedeutung der EU-Delegationen in den jeweiligen Ländern, dort findet sich ein von Brüssel ausgegliederter Service, der oftmals als Ansprechpartner vor Ort fungiert.

Der Zeitraum für den ersten Antragsschritt - die sogenannte Concept Note - beschränkt sich in der Regel auf etwa sechs Wochen. Bengo bietet hierzu und zu allen weiteren Schritten wie etwa zur Hauptantragstellung und Abrechnung **Seminare** an. Da jede Ausschreibung ihre individuellen Bedingungen und Anforderungen hat, können keine allgemein gültigen Aussagen gemacht werden. Bengo hat zudem einen **Call-Infodienst** eingerichtet, hier werden in einem Newsletter sowohl die wöchentlich erschienenen Call for Proposals aufgelistet als auch die Updates zu den verschiedenen Calls.

Der mögliche Ablauf eines Projekts kann sich folgendermaßen gestalten:

- Projekt planen, Akteure in PADOR registrieren
- Das richtige Programm und den richtigen Call finden

⁶ <http://www.engagement-global.de/bengo.html>

- Concept Note schreiben
- Vollständigen Antrag schreiben
- Vertrag aushandeln
- Projekt durchführen
- Projekt abrechnen/ abschließen

Die **Förderung** seitens der EU beträgt in der Regel 75%, damit beläuft sich der Eigenanteil auf 25%. Allerdings können alle laufenden Kosten der Kommunen, wie etwa Gehälter der Mitarbeiter, als Eigenmittel gerechnet werden. Generell dauert es bis zur Auszahlung der ersten Zahlung der EU etwa ein Jahr.

Bengo hat schon viele Kommunen bei der Antragstellung und Durchführung ihrer Projekte erfolgreich beraten, so etwa Bonn, Bielefeld, Siegburg, Hamburg, Berlin... Wir freuen uns auf Ihre Anfragen und Initiativen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!"

6.3 Patricia Ruppert, Friedrichshafen/ INCENTO EU-Beratung: Vorstellung des EU-Projektes Friedrichshafen - Salé



Patricia Ruppert stellt ein EU-Projekt vor, dass sie gemeinsam mit der Stadt Friedrichshafen und weiteren Partnern entwickelt hat:

„SURE“ steht für „Sustainable Urban Energy in the ENPI Region - towards the

Covenant of Mayors“, des europäischen Konvents der Bürgermeister⁷. Das Projekt - dessen Partner die Stadt Friedrichshafen, Murcia in Spanien, Polotsk in Belarus, Salé in Marokko und die Intermediterranean Commission of the Conference on Peripheral Maritime Regions

in Frankreich sind - wird von der Europäischen Union im Rahmen des CIUDAD⁸ (Co-operation in Urban Dialogue and Development) Programms gefördert.

Ich gebe Ihnen einen kurzen Überblick über das Projektbudget: Es beträgt etwa 790.000 € bei einer Laufzeit von 36 Monaten, die EU beteiligt sich mit etwa 630.000 €, der Anteil der Stadt Friedrichshafen und ihrer Partner wird über kalkulative Personalkosten dargestellt. Derzeit befindet sich das Projekt in der Schlussphase der gesamten Laufzeit von 36 Monaten.

Ziel war und ist es, die Städte Salé in Marokko und Polotsk in Belarus an den Covenant of Mayors⁹ heranzuführen, um eine **nachhaltige Energieplanung als strukturelle Maßnahme in die Stadtentwicklung** zu implementieren. Der Covenant of Mayors (EU-Konvent der Bürgermeister) ist eine Initiative zum Klimaschutz verschiedener europäischer Städte, die bis zum Jahr 2020 mehrere **Ziele** erreichen wollen:

- Die Reduktion ihrer CO2 Emissionen um 20%
- Die Erhöhung des Anteils ihrer erneuerbaren Energien um 20%
- Die Senkung des Energieverbrauchs um 20%.

Derzeit sind über 3500 Kommunen dieser freiwilligen Selbstverpflichtung des Konvents beigetreten. Salé hat sich als erste nordafrikanische Stadt dem Konvent angeschlossen und bereits einen Nachhaltigkeitsplan unter Einbeziehung seiner lokalen Akteure entwickelt.

Was bringt ein solches Projekt und wie wurden die Fördermittel sinnvoll genutzt?

Die Mittel wurden für die Finanzierung von Trainees und Fachconsultants eingesetzt, aber auch für Reisekosten, die Durchführung von Regionalkonferenzen und die Herstellung von Informationsmaterial. So soll die Idee der nachhaltigen Stadtentwicklung auch an andere marokkanische und ENPI-Städte

⁷ http://www.konventderbuergermeister.eu/index_de.html

⁸ <http://www.ciudad-programme.eu/>

⁹ http://www.eumayors.eu/about/covenant-of-mayors_en.html

weitergereicht werden, denn die Vision ist, weitere marokkanische Städte, generell Städte aus dem ENPI-Nachbarschaftsraum¹⁰ der Europäischen Union für diese Ziele zu gewinnen. So ist im September 2012 eine Konferenz für die Staaten des ENPI Geltungsbereichs¹¹ geplant, zu der weitere Städte aus dem südlichen ENPI-Raum eingeladen sind, um sie für den Covenant of Mayors zu motivieren. Das Projekt diene auch der Vitalisierung der Städtepartnerschaft durch konkrete fachbezogene Zusammenarbeit (CoM - Covenant of Mayors) mit europapolitischem Bezug und klarem Benefit für die Bürger von Polotsk. Zudem leistet das Engagement im Rahmen der „New Neighbourhood Policy“ wegen der äußerst kritischen politischen Lage in Belarus auch einen wichtiger Beitrag zur Völkerverständigung. Ebenso hat auch die enge, fachspezifische Zusammenarbeit mit Salé einen Beitrag zur Stabilität in der marokkanischen Kommune vor dem Hintergrund der Umwälzungen an den südlichen EU-Grenzen beigetragen.

Wie können Kommunen vorgehen?

Bei der EU-Fördermittelbeantragung und der Umsetzung ist die Unterstützung durch externe Berater sinnvoll, da deren Komplexität eine professionelle Begleitung erfordern kann. Auch hinsichtlich des rechtlichen Managements sind viele Aspekte zu beachten. Denn wenn Sie einen Vertrag mit der EU unterschreiben, sind Sie als einzige europäische Stadt innerhalb des Projektes auch allein rechtlich gegenüber der EU haftbar. Der Abschluss eines ergänzenden Konsortialvertrages bietet die Möglichkeit der Übertragung der Haftungsbegrenzung und der Regeln des Fördervertrages auf alle Partner. Damit sind alle Partner zur Einhaltung des Vertrages verpflichtet.

Ebenso gilt es beim **Finanzmanagement** Besonderes zu beachten. So ist beispielsweise eine separate

Buchführung innerhalb des städtischen Haushaltes für das EU-Projekt notwendig. Auch muss die Verifizierung, eine systematische Aufstellung der Originalbelege der Kosten, ebenso wie die Etablierung eines externen Audits berücksichtigt werden.

Das **Resümee** aus der Sicht der mittelgroßen Kommune Friedrichshafen fällt positiv aus. So bewertet Dr. Tillmann Stottele, der fachliche Projektkoordinator, die Durchführung und Ergebnisse des Projektes ganz eindeutig positiv. Das EU-Projekt habe die Außendarstellung der Stadt verbessert. Auch gebe es den Anreiz, eigene Erfahrungen aufzubereiten und die eigene Arbeit bzw. die der Stadt zu profilieren. Zudem war es möglich, Erfahrungen für zukünftige EU-Fördermittelbeantragung und Umsetzungen zu gewinnen. Dr. Stottele würde allerdings nicht ohne externe Beratung vorgehen, da deren Beantragungs- und EU-Erfahrung sowie das externe Projektmanagement überaus hilfreich gewesen seien.

Vor diesem Hintergrund möchte ich auch Sie motivieren, sich an einem EU-Projekt zu beteiligen und dabei zu vernetzen. Der CoM bietet sich in seiner thematischen Breite und SURE als Projektansatz für viele CoMun Initiativen an. Deshalb lade ich Sie hiermit zur Konferenz für die Staaten des ENPI Geltungsbereichs in Salé herzlich ein. Dabei werden Sie die Gelegenheit zur Suche nach geeigneten Fördermitteln und der Vernetzung mit weiteren Initiativen haben. Ich möchte mit dem Hinweis abschließen, dass Initiativen wie die des CoM immer auch **local democracy** und **good governance** fördern, ja dass hierdurch die Rolle der Kommunen generell gestärkt wird. Eine Intention, die uns wohl alle eint.“

Benno Trütken bedankt sich bei allen Rednern und bitten anschließend die Teilnehmerinnen und Teilnehmer um ihre Fragen und Kommentare.

¹⁰ http://translate.google.de/translate?hl=de&langpair=en%7Cde&u=http://enpi-info.eu/maineast.php%3Fid%3D23901%26id_type%3D1%26lang_id%3D450

¹¹ http://www.ciudad-programme.eu/grant_achievements.php?lang=1&grant_id=

6.4 Fragerunde zu den Fördermöglichkeiten

Heinrich Korn, Jugendamt Stadt Stuttgart: „Was passiert, wenn Projekt-Zeitpläne überschritten werden oder wenn Finanzpläne verändert werden müssen?“

Patricia Ruppert, Friedrichshafen/ INCENTO: „Es gibt eine Projekt-Laufzeit, diese können Sie durch Beantragung allerdings nur innerhalb der Laufzeit des EU-Programmes ändern. Der Finanzplan ist unabhängig von einer jährlichen Zuordnung. Hier gilt die insgesamte Summe pro Budgetline.“

Reinhard Jenke-Sudbrock, bengo, ergänzt: „Es gibt eine gewisse Flexibilität bei der Durchführung der Verträge, denn eine 15prozentige Verschiebung innerhalb der einzelnen Rubriken der Budgetlinien ist möglich. Die EU will hier lediglich rechtzeitig über Veränderungen benachrichtigt werden. Darüber hinaus muss eine Vertragsänderung beantragt werden.“



Renate Hechenberger, Stadt München, stellt eine Nachfrage zur Haftung: „Kann die Haftung durch einen Kooperationsvertrag auf die Partner übertragen werden? Und wie ist die Haftung realistischer Weise durchsetzbar?“

Patricia Ruppert, Friedrichshafen/ INCENTO: „Die EU hält sich nur an den mit ihr geschlossenen Vertrag, ein

Konsortialvertrag ändert für sie nichts. Mit Blick auf die Finanzierung von Maßnahmen sollte der Ablauf so geregelt sein: Erst sollte die Leistung und der dazugehörige Beleg vorliegen, dann erfolgt die Auszahlung des Betrages.“

Reinhard Jenke-Sudbrock, bengo: „Wichtig ist ein enges Finanzmonitoring. Allerdings ist bei vielen Partnern eine Vorfinanzierung nicht möglich, deshalb erwarten wir eine Verifizierung innerhalb einer Frist von zwei Monaten.“

Patricia Ruppert, Friedrichshafen/ INCENTO: „In SURE muß jeder Partner seine Kosten anfragen. Sie brauchen eine Person, die die Rechnungen im Sinne der EU prüft, und den sogenannten ‚elegibility check‘ vornimmt.“



Robert Hammel, Stadt Stuttgart: „Ich habe eine Frage zum Thema Mehrwertsteuer, die in jedem Land anders ausfällt. Wie wird dies im Vorfeld bei den EU-Verträgen berücksichtigt?“

Reinhard Jenke-Sudbrock, bengo: „Sie haben völlig Recht, deshalb gibt es für bestimmte Budgetlinien eine gewisse Erleichterung.“

Patricia Ruppert, Friedrichshafen/ INCENTO: „Wir haben für das Projekt der Stadt Friedrichshafen eine Umsatzsteuerbefreiung erwirkt, die auch für involvierte

Serviceleister wie etwa Lieferanten gilt. Die Stadt Friedrichshafen zahlt also in diesem Fall keine Umsatzsteuer an externe Dienstleister.“

Dr. Uwe Korch, Stadt Köln: „Welche Arbeitssprache gilt bei Ihrem Projekt? Je nachdem könnte dies die Konsequenz für uns haben, dass unser Rechtsamt nicht in der Lage wäre, die Verträge zu prüfen.“

Reinhard Jenke-Sudbrock, bengo: „Diese sollte bei der Vertragsunterzeichnung festgelegt werden. Auch für uns gibt es dieses Problem, dass es keine Calls in Deutsch gibt, allerdings gibt es jetzt deutsche Durchführungsbestimmungen (Standardverträge und Abrechnungsformulare). Lassen Sie mich abschließend darauf hinweisen, dass Kommunen eine externe Unterstützung nicht nur bei Consultants sondern auch in Zusammenarbeit mit NROs einholen können. Wir von bengo können Ihnen Beispiele aus unserer Datenbank mit über 2000 Projekten bieten.“

7. Weiterentwicklung des Netzwerkes

Moderator Benno Trütken hält fest, dass viele Feinheiten bei der Antragstellung und Durchführung eines EU-geförderten Projektes zu beachten sind. Damit endet dieser Informationsteil und es folgt eine abschließende Runde zur inhaltlichen und methodischen Weiterentwicklung des Netzwerkes. Auch sollte diskutiert werden, ob und über welchen Mittler weitere Partner einbezogen werden sollen. Bis dato erfolgte die Einladung über die jeweiligen Kommunen.

Renate Hechenberger, Stadt München: „Es war sehr interessant, die konkreten **Erwartungen** der nordafrikanischen Kommunen zu erfahren und was schon in bestehenden Kooperationen vorangegangen ist. Auch das Fortschreiten und die Stärkung bei der Verankerung der kommunalen Selbstverwaltung in der Verfassung wären für mich von Interesse. Zudem wäre ein detaillierterer Einblick in die Partnerschaften sinnvoll, um eventuelle Möglichkeiten der **Vernetzung** zu finden.“

Iris Fischer, Städtepartnerschaftsverein Lich: „Ich stelle eine **qualitative Steigerung** zu unserem ersten Treffen fest. Wir sind schon viel mehr in vorstellbare Projekte mit unseren nordafrikanischen Partnern eingestiegen. Mir liegt daran, marokkanische Kommunen künftig wieder mehr zu involvieren, um die Vernetzung mit den tunesischen und ägyptischen Kommunen anzuregen. Insgesamt sind einige sehr gute Ansätze sichtbar und mein Dank gilt insbesondere der Verzahnung und Vernetzung, die durch dieses Gremium möglich gemacht werden.“

Petra Havemann, Stadt Braunschweig: „Für mich haben sich **konkrete Ansätze** zur Unterstützung auch für unsere Städtepartnerschaft mit Sousse ergeben. Deshalb habe ich große Hoffnung zu dem nächsten Netzwerktreffen unsere tunesischen Partner aus Sousse mitbringen zu können.“

Christiane Lösel, Stadt Münster: „Das Vorhaben der GIZ ist sehr interessant, wir würden gern die angebotene Mittlerrolle auch für unsere Partnerschaft mit Monastir in Anspruch nehmen. Die Informationen, die uns Reinhard Jenke-Sudbrock gab, waren wertvoll, denn nun weiß ich, dass auch Kommunen den **Service von bengo** nutzen können.“

Dr. Uwe Korch, Stadt Köln: „Der Schwerpunkt des nächsten Treffens sollte auf den Berichten der Projekte liegen. Für die deutschen Kommunen war dies sicherlich ein weiteres gutes Treffen, wir sollten auch bei unseren tunesischen und ägyptischen Partner abfragen, ob wir deren Erwartungen entsprochen haben.“

Christian Ackermann, Stadt Marburg: „Bei uns ist der **Fortschritt** besonders auffällig: Bei dem ersten Netzwerktreffen war der Kontakt zur Stadt Sfax kaum noch vorhanden - und nun haben wir intensiven Kontakt und haben unsere Partnerschaft mit zwei oder drei konkreten Projekten wiederaufleben lassen. Die SKEW sollte das angesprochene Infoportal einrichten, hier sollten dann Informationen über Projekte abrufbar sein.“

Dr. Werner Balzer, Stadt Nürnberg: „Es war sehr fruchtbar, dass der persönliche Kontakt mit unserem nordafrikanischen Partner hergestellt wurde. Außerdem waren die Informationen über die Finanzierungsmöglichkeiten sehr wertvoll.“

Robert Hammel, Stadt Stuttgart: „Ich befürworte unbedingt ein nächstes Netzwerktreffen Ende diesen Jahres. Wir sollten dann thematisch strukturiert arbeiten, also die Bereiche Abfall- und Energiewirtschaft, Bildung etc. behandeln. Auch unsere nordafrikanischen Partner würden dies begrüßen. Vielleicht wäre auch die Einrichtung einer **Arbeitsgruppen** zu großen Themen denkbar, die sich losgelöst vom Netzwerk zu einem bestimmten Thema trifft und arbeitet. So wäre eine thematische Vertiefung möglich, die im Rahmen

des Netzwerktreffens zeitlich nicht machbar ist. Zur Verbandsarbeit stehen wir unter Zeitdruck, hier muss bis zum Jahresende noch viel geleistet werden! Ein weiterer Punkt unserer Agenda sollte die Definition einer gemeinsamen Haltung der deutschen Kommunen gegenüber den nordafrikanischen Kommunen sein.“

Silmi Khanfir, Vizepräsident Tunesisches Kompetenznetzwerk „tunicomp“: „Ich fand dieses Treffen für die Kollegen aus den Kommunen sehr wichtig und interessant. Kurz zur Rolle meines Vereins: Wir bieten Ihnen ehrenamtlich die Vermittlung von neuen Kontakten und von kommunalen Partnerschaften. Mein Vorschlag für das nächste Treffen wäre eine thematische Organisation mit der Einbeziehung von Experten aus Deutschland und Nordafrika, um eine schnellere und fachliche Konkretisierung zu erzielen.“

Heinrich Korn, Jugendamt Stuttgart: „Wichtig wäre es, auch Jugendliche einzubinden, um deren Potentiale zu nutzen. Wir sollten diese Ressourcen nutzen und das bürgerschaftliche Engagement für demokratische Prozesse wecken.“



Dr. Norbert Schürgers, Stadt Nürnberg: „Mein tunesischer Partner und ich haben gestern einen **Letter of Intent** entwickelt - dies ist sicherlich auch ein Verdienst dieser Tagung. Für unser nächstes Treffen würde ich eine stärkere Betonung des Themas Wirtschaft favorisieren und dann kommunale Experten dazu einladen.“

Markus Spring, Stadt München: „Unsere Aufgabe ist es bis Herbst dieses Jahres, eine Bewusstseinsbildung in der Stadt, in der Verwaltung zu erreichen und konkrete Punkte der Zusammenarbeit zu erarbeiten.“

Ingrid Cammerzell, Stadt Frankfurt: „Wir wollten im Rahmen dieser Veranstaltung unsere Ansprechpartner in der Stadtverwaltung Kairo finden. Das Treffen zeigte mir, dass wir für die Realisierung der Projekte mit unseren ägyptischen Partnern von den hier vorgestellten tunesischen Projekten lernen können.“

Frank Wittersheim, Stadt Frankfurt: „Ich würde zu einem intensiveren Dialog zwischen den deutschen Städten mit einer gemeinsamen nordafrikanischen Partnerstadt plädieren. Eine gemeinsame Koordination der jeweiligen Maßnahmen wäre sicherlich sinnvoll.“

Imme Karbach, GIZ Eschborn: „Ich würde gern Marokko wieder verstärkt in dieses Netzwerk einbeziehen. Außerdem wäre eine intensivere Behandlung des Themas Bildung wünschenswert.“

Dr. Markus Steinich, GIZ Eschborn: „Von den anwesenden GIZ-Vertretern habe ich wohl am meisten von diesem Treffen für meine Tätigkeit in Tunis profitiert, da ich viel über das kommunale Potential erfahren habe. Danke hierfür!“

Meinolf Spiekermann, GIZ Eschborn: „Wir, als Gäste, freuen uns über dieses kommunale Netzwerk! Die Leistungen dieses Treffens sollten für die nordafrikanischen Kommunen im Vorfeld besser umrissen werden. Insgesamt sollte sich dieses Forum eine strukturierte Vision für eine langfristige Perspektive geben. Auch wäre die Entwicklung von interkulturellen Antennen für eventuelle Befindlichkeiten wesentlich. Hier kann das GIZ-Programmbüro für islamische Länder hilfreich sein.“

Mandy Wagner, SKEW, fasst die Kommentare zusammen: „Aus Ihren Beiträgen war deutlich erkennbar,



dass ein Treffen am Ende dieses Jahres gewünscht ist. Dem können wir gern nachkommen. Außerdem war deutlich, dass die Einladung ihrer nordafrikanischen Partner zu diesem Treffen als Bereicherung empfunden wurde und auch für künftige Treffen Interesse daran besteht. Aus ihren Kommentaren höre ich weiter heraus, dass wir bei unserem nächsten Treffen themenorientiert arbeiten und konkrete Projektbeispiele vorstellen sollen. Diese Wünsche werden wir für die Planung des nächsten Treffens genauso berücksichtigen wie die Möglichkeit, Experten aus Deutschland und den nordafrikanischen Staaten einzuladen. Ebenso kann für Sie die Vorstellung von Informationen über weitere Fördermöglichkeiten - beispielsweise durch Stiftungen - von Interesse sein.

Ich freue mich schon auf unser nächstes Treffen und bin auf die weitere Entwicklung unseres Netzwerkes sehr gespannt! Vielen Dank für Ihre intensive und konstruktive Mitarbeit!

Anhang

Programm

Mittwoch, 18. April 2012

- 11:30 Uhr Begrüßungskaffee und Imbiss**
12:00 Uhr Begrüßung und Einführung
Sabine Drees, Deutscher Städtetag
Anita Reddy, Engagement Global gGmbH
12:20 Uhr Vorstellung der aktuellen Situation in den Ländern Nordafrikas durch die Partner aus Nordafrika
*Souad Sassi, Tunis; Taieb Nefzi und Saida Rejeb Hamdi, Menzel Bourguiba; Dr. Mounir Brik, Benguardane; Dr. Chahir Krichen und Mohamed Abdelmoula, Sfax
Dr. Ahmed Zaafan und Riham Arram, Kairo*

13:20 Uhr Mittagspause

- 14:15 Uhr Moderierte Diskussion zu den Vorträgen**
15:00 Uhr Kurzvorstellung der aktuellen Projekte anwesender Städte- oder Projektpartnerschaften

15:45 Uhr Kaffeepause

- 16:15 Uhr Arbeitsgruppen**
Gemeinsame Erarbeitung und Diskussion von konkreten Unterstützungsmöglichkeiten und gemeinsamen Schwerpunkten in der Zusammenarbeit im Bereich kommunale Selbstverwaltung und Demokratisierung
17:30 Uhr Präsentation und Diskussion der Ergebnisse

Ab 18:30 Uhr Abendessen

Donnerstag, 19. April 2012

- 09:15 Uhr Einführung in den Tag**
09:30 Uhr Bericht vom Workshop in Tunis im Dezember 2011
Meinolf Spiekermann, CoMun Projekt, GIZ
10:00 Uhr Vorstellung von Fördermöglichkeiten für Initiativen der Kommunen in Nordafrika
Reinhard Jenke-Sudbrock (Bengo): Vorstellung der Europäischen Nachbarschaftsinitiative (ENPI), Ziele und Ausrichtung des Programms, Wege zur Erarbeitung von EU Anträgen
Patricia Ruppert, Friedrichshafen/ INCENTO EU-Beratung: Vorstellung des EU-Projektes Friedrichshafen - Salé
11:30 Uhr Weiterentwicklung des Netzwerkes

12:00 Uhr Mittagsimbiss

Für die Gäste der deutschen Kommunen bieten wir von 9.30 Uhr bis 11.30 Uhr alternativ ein touristisches Programm. Das Netzwerktreffen endet mit einem gemeinsamen Mittagessen um 12 Uhr.

Teilnehmerliste

Nachname	Titel	Vorname	Institution
Abdelmoula		Mohamed Nejib	Präsident der Sonderdelegation Stadt Sfax, Ministerium des Inneren
Ackermann		Christian	Stadt Marburg
Amin Arram		Riham Galal	Gouvernorat Kairo, Presse- und Öffentlichkeitsabteilung
Balzer	Dr.	Werner	Stadt Nürnberg
Brik	Dr.	Mounir	Vorsitzender der Gesellschaft für die Entwicklung von Benguardane/Tunesien
Cammerzell		Ingrid	Stadt Frankfurt
Drees		Sabine	Deutscher Städtetag
Fischer		Iris	Städtepartnerschaftsverein Lich
Frommann		Barbara	Fotografie
Guidara		Ahmed	Finanzbeamter Stadtverwaltung Sfax
Hammel		Robert	Stadt Stuttgart
Havemann		Petra	Stadt Braunschweig
Hechenberger		Renate	Stadt München
Jasper		Janina	Stadt Lich
Jenke- Sudbrock		Reinhard	Bengo EU-Beratung
Karbach		Imme	GIZ Eschborn
Khanfir		Silmi	Vizepräsident Tunesisches Kompetenznetwork „tunicomp“
Krichen	Dr.	Chahir	Vorsitzender des Verbands der Kooperationsförderung Sfax-Marburg
Korch	Dr.	Uwe	Stadt Köln
Korn		Heinrich	Jugendamt Stuttgart
Landfermann		Hanna	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
Lösel		Christiane	Stadt Münster
Mysorekar		Sheila	Redakteurin E+Z Zeitschrift
Nefzi		Taieb	Oberbürgermeister Menzel Bourguiba
Reddy		Anita	Engagement Global
Rejeb Hamdi		Saida	Vereinigung für den Aufbau einer Kultur für bürgerschaftliches Engagement, Menzel Bourguiba
Ruppert		Patricia	Friedrichshafen / INCENTO
Schürgers	Dr.	Norbert	Stadt Nürnberg
Söhner		Johannes	Yalla e.V.
Sassi		Souad	Stadt Tunis
Spiekermann		Meinolf	GIZ Eschborn
Spring		Markus	Stadt München
Steinich	Dr.	Markus	GIZ Eschborn
Stephan	Dr.	Frederic	Stadt Stuttgart
Stracke		Elmar	Stadt Köln
Süßmuth		Volker	Handwerkskammer Region Stuttgart

Teilnehmerliste (Fortsetzung)

Trütken		Benno	Moderation
Volland		Hans Ulrich	Stadt Köln
Wagner		Mandy	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
Wittersheim		Frank	Stadt Frankfurt
Wülfig		Heike	Dokumentation
Zaafan	Dr.	Ahmed Abdel Rahman	Geschäftsführer der Ägyptischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft, Kairo

Glossar

AA	Auswärtiges Amt
Bengo	Beratung von Nichtregierungsorganisationen
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CIUDAD	Cooperation in Urban Development and Dialogue
CoMun	Coopération des Villes et des Municipalités
ENPI	Programms der Europäischen Nachbarschaftsinitiative
giz	Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH
NGO	Nongovernmental Organisation
NRO	Nichtregierungsorganisation

Publikationen der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt stellt ihre sämtlichen Publikationen und Informationsmaterialien zum kostenfreien Bestellen (sofern noch nicht vergriffen) oder als Download auf ihrer Homepage unter www.service-eine-welt.de für Sie bereit.

Hier finden Sie Verweise auf ausgewählte aktuelle Publikationen.

Dialog Global-Schriftenreihe der Servicestelle:

- Nr. 27: Gutachten zu Migration und kommunaler Entwicklungspolitik 2012. Bonn, Februar 2012
- Nr. 26: Hauptstadt des Fairen Handels 2011. Dokumentation. Bonn, Dezember 2011
- Nr. 25: Vom Süden lernen: Bürgerhaushalte weltweit – eine Einladung zur globalen Kooperation, Studie, Bonn, Dezember 2010
- Nr. 24: Internationaler Kongress zu Modellen des Bürgerhaushalts. Berlin 2010. Dokumentation. Bonn, November 2010
- Nr. 23: Fair Handeln in Kommunen. Ein Praxisleitfaden. Bonn, November 2010.
- Nr. 22: Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene - Ein Praxisleitfaden. Bonn, November 2010.
- Nr. 48: Erstes bundesweites Netzwerktreffen Migration und Entwicklung. - Dokumentation. Bonn, Oktober 2011.
- Nr. 47: Workshop „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ – Dokumentation. Bonn, Juni 2011.
- Nr. 46: Siebtes bundesweites Netzwerktreffen Bürgerhaushalt – Sparen mit dem Bürgerhaushalt? Dokumentation vom 2.2.2011. Bonn, Juni 2011.
- Nr. 45: Erste bundesweite Konferenz „Kommunale Partnerschaften mit Afrika“ in Ludwigsburg 2010 – Dokumentation. Bonn, Juni 2011.
- Nr. 44: Südafrika 2010 – Deutschland 2006: Kommunale Partnerschaft mit Kick! Abschlussevaluierung. Bonn, Februar 2011
- Nr. 24: Faires Beschaffungswesen in Kommunen und die Kernarbeitsnormen. Rechtswissenschaftliches Gutachten. Revidierte Neuauflage 2011.

Material-Schriftenreihe der Servicestelle:

- Nr. 52: Erstes Netzwerktreffen WM Brasilien - Deutschland 2006/2011: Partner für Nachhaltige Stadtentwicklung 5.- 6. Dezember 2011, Bad Breisig
- Nr. 51: Kommunale Dreieckspartnerschaften Erfahrungsbericht und Praxisleitfaden
- Nr. 50: Erstes Netzwerktreffen Deutscher Kommunen mit Partnerschaften in Nordafrika, Februar 2012.
- Nr. 49: Pressespiegel 2011. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2011.

Sonstige Publikationen der Servicestelle:

- Unsere Strategie. Bonn 2010.
- Über Uns. Kurzprofil der Servicestelle, Bonn 2011. [Deutsch, Englisch, Französisch]
- Herausforderung Klimawandel. 11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Bonn 2009.
- Erklärung von München. Schlusserklärung der 11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet München, Juni 2009 (Deutsch/Englisch/Französisch)
- Studie: Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland. Studie zum entwicklungspolitischen Engagement deutscher Städte, Gemeinden und Landkreise. In Kooperation mit dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik. Bonn, 2009.

Alle Informationen, Termine, Aktivitäten, Tipps und Hintergrundberichte aktuell in den monatlichen *****Eine-Welt-Nachrichten***** der Servicestelle. Kostenfrei! Bestellformular auf unserer Homepage unter www.service-eine-welt.de.

SERVICESTELLE

KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Engagement Global gGmbH,
Service für Entwicklungsinitiativen
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
Tulpenfeld 7, 53113 Bonn • 0228/20717-0

Eine Welt beginnt vor Ort

Das Leben der Menschen in unserer Einen Welt ist in vielfältiger Weise miteinander verbunden. Voneinander lernen, miteinander Lösungen suchen, gemeinsame Wege gehen – das sind die Erfordernisse unserer Zeit, um global nachhaltige Entwicklung zu fördern. Ihre Entscheidungen und Ihr Engagement als Kommune wirken sich auch auf das Leben anderenorts aus. Ihre gesellschaftliche, ökologische und wirtschaftliche Zukunft wird durch Ihr entwicklungspolitisches Engagement vielfältiger, ideenreicher und erfolgreicher.

Sie wollen Schritt halten mit den globalen Herausforderungen und gleichzeitig zur Entwicklung lebenswerter Bedingungen auch in anderen Teilen der Welt beitragen? Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt steht Ihnen als Partner zu allen Fragen kommunaler Entwicklungspolitik zur Seite. Wir stehen für Erfahrung, Kompetenz, erfolgreiche Projekte, nachhaltige Ergebnisse und umfangreiche Informationen.

Schärfen Sie das internationale Profil Ihrer Kommune. Erwerben Sie interkulturelle Kompetenz. Engagieren Sie sich.

Wir sind

als Teil der Engagement Global gGmbH:

- Kompetenzzentrum und Serviceeinrichtung für entwicklungspolitisch interessierte Kommunen in Deutschland,
- Partner für kommunale Entwicklungspolitik zur Erreichung internationaler Entwicklungsziele und einer nachhaltigen und partizipativen Stadtentwicklung – hier und bei den Partner im Süden,
- Förderer des Austausches von internationalem Know-how mit Kommunalexperten in Entwicklungs- und Schwellenländern,
- Experten für die Qualifizierung von kommunalen Projekt- und Städtepartnerschaften,
- Berater für wirkungsvolle Informations- und Bildungsarbeit deutscher Kommunen.

Wir arbeiten

im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an kommunalen Zukunftsthemen:

- Deshalb helfen wir kommunale Partnerschaften mit Entwicklungs- und Schwellenländern auf- und auszubauen, aktuell mit den Schwerpunkten: Klima, Bürgerhaushalt, nachhaltige Stadtentwicklung.
- Deshalb unterstützen wir die Vernetzung von Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene und stärken kommunale Entwicklungspolitik durch die Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten.
- Deshalb fördern wir ein Faires Beschaffungswesen als kommunalen Beitrag zur Ausweitung des Fairen Handels.

Wir bieten

- Veranstaltungen wie Workshops, Tagungen und Konferenzen die Betreuung und Unterstützung themenbezogener Netzwerke,
- den Wettbewerb „Hauptstadt des fairen Handels“,
- persönliche, kostenlose Beratung, auch bei Ihnen vor Ort,
- einen Online-Finanzierungsratgeber,
- umfangreiche Publikationsreihen, Studien und Recherchen zu aktuellen Themen der entwicklungspolitisch relevanten kommunalen Handlungsfelder, eine umfangreiche Homepage www.service-eine-welt.de und Internetportale, beispielsweise www.buergerhaushalt.org,
- den monatlichen Newsletter „Eine Welt Nachrichten“,
- Beratung für Kommunen zu den Angeboten der Engagement Global gGmbH.


Sie haben Ideen? Wir helfen Ihnen, diese umzusetzen.

Sie suchen Lösungen? Wir finden mit Ihnen partnerschaftlich das Ziel.

Kommunales entwicklungspolitisches Engagement heißt verantwortungsbewusst und nachhaltig die Zukunft in der Einen Welt zu gestalten. Seien Sie dabei!



EINE WELT.
ONE WORLD.
UN SEUL MONDE.
BONN.

 Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung

Deutscher
Städtetag

 Deutscher
Städte- und Gemeindebund

 DEUTSCHER
LANDKREISTAG

 Rat der Gemeinden und Regionen Europas
Deutsche Sektion

VENRO
VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK
DEUTSCHER NICHTREGIERUNGS-
ORGANISATIONEN e.V.

 dbb
beamtenbund
und tarifunion

 UNESCO
Deutsche
UNESCO-Kommission e.V.

 Auswärtiges Amt

 Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

 DGB

DIÖZESAN
RAT DER KATHOLIKEN
IM ERZBISTUM KÖLN

d.i.e. 
Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik German Development
Institute

agl 

giz 

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein.

Unter Mitwirkung: Land Mecklenburg-Vorpommern, Stadt Bonn, Rat für Nachhaltige Entwicklung, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Landkreistag, Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V., Deutscher Beamtenbund, Deutsche UNESCO-Kommission e.V., Auswärtiges Amt, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Deutscher Gewerkschaftsbund, Diözesanrat der Katholischen Kirche, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke e.V. und die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit.